

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Dehnardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beträge nach Vereinbarung.

Einzelarbeitsvertrag oder Kollektiv- arbeitsvertrag?

—r. Über diese viel umstrittene Frage, die in der Praxis des Gewerkschaftslebens eine wichtige Rolle spielt, ist noch immer keine Einigung erzielt worden. Während man auf der einen Seite den kollektiven (Tarif-) Verträgen eine beschwichtigende, die Klassegegensätze mildernde Wirkung zuschreibt und sie geradezu als Dokumente des wirtschaftlichen Friedens bezeichnet, beginnt man neuerdings wieder seitens einflussreicher Unternehmergruppen gegen jede tarifmäßige Bindung des Arbeitsvertrags Front zu machen, weil man darin eine Schädigung der wirtschaftlichen Entwicklung und eine Terrorisierung der Unternehmer erblickt. So wandte sich vor kurzem der Verband bayerischer Metallindustrieller ganz entschieden gegen die Forderung des Metallarbeiterverbandes nach Abschluß von Tarifverträgen. In einer diesbezüglichen Erklärung heißt es: „Tatsächlich handelt es sich auch bei dem Verlangen nach Tarifverträgen um nichts weniger als um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters, sondern, wie dies offen erst jüngst bei einer Versammlung in München ausgesprochen wurde, darum, daß der Arbeiter, richtiger gesagt die Arbeiterorganisation „Herr im Hause werde.“ Daß auf dem Wege der Tarifverträge dies auch zielbewußt herbeigeführt wird, haben die Vorgänge innerhalb der englischen, amerikanischen und australischen Industrie bewiesen.“ Auch von einer beschwichtigenden Wirkung der Tarife will die Erklärung nichts wissen, denn sie fährt fort: „Unberechtigt wäre die Annahme, daß durch Tarifverträge etwa der Frieden erreicht sei. Gerade die Erfahrungen der jüngsten Tage haben ergeben, daß wohl der Arbeitgeber an den Vertrag gebunden ist, daß aber die Arbeiterführer jeden Vertrag nur als eine Etappe vorwärts auf ihrem Wege betrachten und die Organisation denselben rückwärts bricht, sobald sie den Zeitpunkt für Erlangung noch günstiger Bedingungen für gekommen erachtet.“ Es dürfte auch nicht uninteressant sein, daß sich neulich ein bekannter sozialistischer Führer in einem gewerkschaftlichen Vortrag entschieden gegen die Tarifgemeinschaften aussprach, da die Gewerkschaften hierdurch wieder in das alte zünftliche Fahrwasser gelangen würden; die Tarifgemeinschaften verfolgten lediglich den Zweck, den Arbeitern die Hände zu binden, damit sie außerstande seien, flotte Geschäftskonjunkturen auszunutzen. Man sieht hieraus, wie verschiedenartig die Urteile über die Tarifverträge sind.

Eigentümlich ist es auch, daß es Leute gibt, die sich gegen den Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrags erklären, weil letzterer eine Beschränkung der Freiheit bedeute. Wertwürdigerweise sind dies dieselben Leute, die in anderer Beziehung die wirtschaftliche Freiheit längst ins alte Eisen geworfen haben, die den Freihandel durch Schutzzölle erschrecken und die freie Konkurrenz durch Trusts, Kartelle und Syndikate erlöten. Diese selben Leute wollen auf dem Gebiet des Arbeitsvertrags, in dem Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter die schrankenlose Bewegungsfreiheit erhalten und jegliche korporative und staatliche Fesselung des Vertrags abweisen. So nahm die vor einigen Wochen tagende Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller nachstehende Resolution mit Einstimmigkeit an: „Bei Beurteilung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen geht der Zentralverband von dem Standpunkt aus, daß der Arbeitsvertrag innerhalb der gesetzlichen Grenzen den Gegenstand einer vollkommen privaten Abmachung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter bilden muß. Der Zentralverband betrachtet deshalb den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung durchaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen ebensowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung jeden Unternehmens notwendige Freiheit der Entschließung über die Verwendung seiner Arbeiter und der Lohnfestsetzung, wie sie die einzelnen Arbeiter unter die Herrschaft der Arbeiterorganisation zwingen. Die Tarifverträge sind schwere Hindernisse des technischen und organisatorischen Fortschritts der deutschen Industrie.“

Die Herren wissen ganz gut, weshalb sie die schrankenlose Freiheit fordern und den Arbeiter davor bewahren wollen, daß er nicht „unter die Herrschaft der Arbeiterorganisation gezwungen wird.“ Dies erkannte bereits Marx, indem er das Freiheitsgefäsel der liberalen Manchesterleute des

vorigen Jahrhunderts mit grimmiger Satire verspottete. „Innerhalb der Schranken,“ so schrieb er, „in denen der Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich vollzieht, wohnt in der Tat ein wahres Paradies der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham (Eigeninteresse). Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, wodurch sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen gleichwertige Waren gegeneinander aus. Eigentum! Denn jeder verfügt über das Seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich, um seinen eigenen Nutzen zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sonderinteresses, ihrer Privatinteressen. Und eben, weil so jeder für sich und keiner für den anderen sorgt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge oder unter dem Walten einer allpflügenden Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses.“ Allerdings treten sich auf dem Arbeitsmarkt — rein theoretisch betrachtet — der Geldbesitzer und der Arbeitskraftbesitzer als zwei gleiche, freie, verfügungsberechtigte, für sich selbst sorgende und ihr eigenes Interesse am besten wahrnehmende Faktoren gegenüber. Leider aber entdeckt der Arbeiter bei Abschluß des Vertrags, wie Marx hervorhebt, daß er kein freier Mann ist, daß der Lohn und die Zeit, wofür es ihm freisteht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, der Lohn und die Zeit ist, wofür er gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen, und daß sein Ausbeuter nicht losläßt, solange noch eine Muskel, eine Sehne, ein Blutstropfen auszufaugen ist; daher müssen sich die Arbeiter zusammenscharen, um sich selbst zu verhindern, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihre Nachkommen in Tod und Sklaverei zu verkaufen.

Diese Auffassung vom wahren Werte des freien Arbeitsvertrags und der Notwendigkeit seiner Ersetzung durch einen kollektiven, öffentlich-rechtlichen Vertrag, für die Marx und seine Schüler seit Jahrzehnten gekämpft haben, gemittelt immer mehr Boden in den Kreisen der denkenden Sozialpolitiker. So leben wir in einer Broschüre des sozialliberalen Abgeordneten Dr. Barth, die die Frage beantwortet will: „Was ist Liberalismus?“ folgende bemerkenswerte Ausführungen: „In mehrwöchiger Bestimmung seines wahren Wesens hat der ältere Liberalismus den Begriff des freien Arbeitsvertrags zur Grundlage seiner gesamten Sozialpolitik gemacht. Die volle Freiheit des Arbeitsvertrags bedeutet in Wirklichkeit eine Stärkung der Herrenrechte und läßt für den Arbeitnehmer nur zu leicht auf die Freiheit hinaus, sich von wirtschaftlich Stärkeren ausbeuten zu lassen. Der Liberalismus, welcher tiefer gräbt und die sozialpolitischen Wurzeln des freien Arbeitsvertrags aufdeckt, wird unschwer erkennen, daß die letzte Konsequenz des freien Arbeitsvertrags über Hunger, Schuldenrechtshaft, Obrigkeit und Sklaverei zur vollen Aufhebung der Persönlichkeit führt. Gibt es keine öffentlich-rechtliche Begrenzung des Arbeitsvertrags, so ist nicht abzusehen, wo immer die Preisgabe der Persönlichkeitsrechte aufzuhören hat. Die äußerste Konsequenz des freien Arbeitsvertrags wäre der verhältnismäßige Verzicht auf jedes Persönlichkeitsrecht, also die vertragsmäßige Sklaverei.“ Hier finden wir bestätigt, was die modernen, mit dem Geiste des Sozialismus durchtränkten Gewerkschaften von jeher vertreten haben.

Ganz interessant ist es auch, wie sich John Mitchell, der konservative amerikanische Bergarbeiterführer, der den Sozialismus bekämpft und für die freiheitlichen Einrichtungen seines Vaterlandes schwärmt, zu der Frage des freien Arbeitsvertrags stellt. In seinem unlängst erschienenen und ins Deutsche übersetzten Buche „Organisierte Arbeit“ behandelt er einleitend die „Philosophie des Gewerkschaftsgedankens“, wobei er folgende Bemerkungen macht: „Die Grundlage des Gewerkschaftsgedankens ist die Anerkennung der Tatsache, daß unter normalen Bedingungen der alleinstehende, unorganisierte Arbeiter nicht mit genügender Aussicht auf Erfolg mit dem Unternehmer um den Preis seiner Arbeitskraft verhandeln kann. Solange der Arbeiter keine Geldreserve hat und seine Arbeitskraft sofort verkaufen muß, um leben zu können, solange er vor allem keine Kenntnis des Arbeitsmarktes hat und kein Geschick im

Verhandeln, solange er endlich nur seine einzelne Arbeit anzubieten hat, während der Unternehmer Tausende engagiert und den Dienst eines einzelnen recht wohl entbehren kann, so lange ist der alleinstehende Arbeiter im empfindlichen Nachteil. Der Gewerkschaftsgedanke geht von der Tatsache aus, daß die Arbeit unter solchen Bedingungen mehr und mehr entwürdigt wird, weil die Arbeit, die der Mensch verkauft, im Gegensatz zu anderen Gütern, ein Stück von seinem Wesen, von seiner Seele ist. Im Einzelvertrag zwischen dem reichen Unternehmer und dem armen Arbeiter muß der letztere zu schlecht wegkommen: er muß immer weiter sinken, weil die Löhne nicht genügen, um gute Nahrung zu kaufen, weil die Arbeitszeit zu lang ist, um genügende Ruhe zu gewähren, weil die Arbeitsbedingungen Moral, Geist und Körper zerstören, sowie Gegenwart und Zukunft der Arbeiterklasse verderben. Der Einzelvertrag bedeutet, daß der tüchtigste Mann in die Lage kommen kann, die Bedingungen des schlechtesten Arbeiters annehmen zu müssen. In jeder Beziehung, jederzeit und überall bekämpft deshalb die Gewerkschaftsbewegung den Einzelvertrag.“

Der Verfasser geht von den beiden richtigen Gesichtspunkten aus, die bei der Beurteilung des Arbeitsvertrags eine Rolle spielen: der Arbeiter ist dem Unternehmer gegenüber doppelt im Nachteil, weil er einerseits der wirtschaftlich Schwächere ist, wodurch seine theoretische Gleichheit und Gleichberechtigung in die Brüche geht, und weil er andererseits nicht wie der Unternehmer eine leiblose Ware verkauft, sondern seine lebendige Arbeitskraft, ein Stück seines Ichs. Weil und sofern man diese Unterschiede nicht berücksichtigt, kann man von einer Vertragsgleichheit respektive Vertragsfreiheit zwischen Unternehmern und Arbeitern reden. Deshalb legt Mitchell mit Recht so großen Wert auf den kollektiven Arbeitsvertrag, der diese Gleichheit und Freiheit ermöglicht; er fährt nämlich fort: „Gerade in diesem Punkte ist keine Konzession und kein Nachgeben möglich. Kein augenblicklicher Vorteil, so groß oder so dringend erwünscht er sein mag, weder höhere Löhne noch Verkürzung der Arbeitszeit oder sonstige Verbesserungen der Bedingungen werden dem Arbeiter einen dauernden Gewinn bringen, wenn er auch nur zeitweilig von diesem Grundprinzip abweicht. Auf diesem Grundsatz der unbedingten Verhinderung von Einzelverträgen ist das ganze Gewerkschaftswesen gegründet. Dauerndes Wohlergehen für die arbeitenden Klassen, wirklicher Fortschritt, bessere Bedingungen sind nicht denkbar, solange nicht voll und ganz das Prinzip durchgeführt ist, daß Löhne, Arbeitszeiten und sonstige Bedingungen mit der Gesamtheit der Arbeiter und nicht mit dem einzelnen festgesetzt werden. Um einen Ersatz für den das Glück und das Wohlergehen der ganzen arbeitenden Klasse zerstörenden Einzelvertrag zu finden, sind die Gewerkschaften gegründet. Ihr Ideal ist, in einer einzigen Berufsorganisation alle Leute zusammenzufassen, die angestellt sind oder auch nur für eine Anstellung in Frage kommen, und für sie alle die untere Grenze der Arbeitsbedingungen festzusetzen und zu erhalten.“

In seinen weiteren Ausführungen begegnet der Verfasser einem häufig gehörten Vorwurf, daß bei einem Tarif eine bloße Gleichmacherei eintrete und daß jedes Streben nach höherem Lohne ausgeschlossen sei. Er sagt nämlich: „Das heißt keineswegs, daß alle den gleichen Lohn erhalten sollen, sondern daß gleiche Bezahlung für gleiche Leistung erfolgt. Die Gewerkschaft hat nichts dagegen, wenn der Unternehmer besonders guten Arbeitern höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit bewilligt, als der Kollektivvertrag festsetzt; sie verlangt nur, daß der Wettbewerb in einer Branche sich nicht um eine Unterbietung der Vertragsbedingungen handle. Und wie die Gewerkschaft die Bedingungen des Kollektivvertrags aufrecht halten muß, so muß sie auch verhindern, daß auf Umwegen eine Bresche in ihr Prinzip gelegt wird. Das freie Vertragsrecht des Arbeiters steht so lange nur auf dem Papier, solange er es nicht im Kollektivvertrag ausüben kann. Die Wohlfahrt der Arbeiterklasse und damit der menschlichen Gesellschaft hängt von der Anerkennung dieses Rechtes, also von der Anerkennung der Gewerkschaft ab. Ein noch so wohlmeinender Unternehmer steht dem Kulturfortschritt im Wege, wenn er auf dem Unterhandeln mit einzelnen Arbeitern aber auch nur auf dem Unterhandeln mit seinen eigenen Arbeitern besteht und verhindern will, daß ein Mann, der nicht in seinem Betrieb arbeitet, in der Sache mitredet. Das Recht des Kollektivvertrags oder irgendeiner anderen gemeinsamen Handlung schließt aber auch das Recht der Interessenvertretung durch Bevollmächtigte

der Arbeiter in sich. Die Verweigerung dieses Rechtes ist eine Tyrannei, denn ohne seine beauftragten geschulten Vertreter kann der Arbeiter wenig Nutzen aus dem Vertrag ziehen. Und schon um ihre Klassengenossen zu höherer Leistungsfähigkeit und zu besseren Bürgern zu erziehen, müssen die Arbeiter auf der Anerkennung ihrer Gewerkschaften bestehen."

Hierin erblicken wir die Grundursache, weshalb die Unternehmern sich noch so vielfach gegen die Tarifverträge wehren: sie wollen die Gewerkschaften nicht als gleichberechtigte Faktoren anerkennen, und sie erblicken in den Vertretern der Arbeiter „fremde Leute“, mit denen sie nichts zu tun haben wollen — alle anderen vorgeschobenen Gründe sind Ausreden und Winkelzüge.

Ein Buch über den Generalstreik.

Ich. Vor einigen Wochen ist im Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden ein Buch über den Generalstreik* erschienen, zu dessen Besprechung in unserem Verbandsorgan ich von der Redaktion aufgefordert worden bin. In der Tat dürfte eine kritische Würdigung des Buches der holländischen Genossin Frau Roland-Hollt — deren sympathisches Auftreten auf dem internationalen Kongress in Amsterdam mir in angenehmer Erinnerung ist — gerade durch unsere Gewerkschaftspressen um so mehr geboten sein, als sein Inhalt sich in weitem Umfang auch mit den Gewerkschaften beschäftigt.

Schon in dem Vorwort von Karl Rautsky spielen die Gewerkschaften eine Rolle. Es ist bekannt, mit welchem unermüdbaren Eifer Rautsky sich seit einiger Zeit für die Idee des Generalstreiks ins Zeug legt. Er hält dieselbe für „die wichtigste praktische Frage“ und den Generalstreik für die „schärfste Waffe“ in den „bevorstehenden großen Entscheidungskämpfen“. Abfällige Beurteilungen der Aussichten des gewerkschaftlichen Kampfes sind wir von ihm so sehr gewöhnt, daß es uns nicht mehr verwundert, wenn er in der Vorrede davon spricht, daß die gewerkschaftliche Aktion und der Streik im alten Sinne immer ohnmächtiger werden. Weiter meint er, für die Leitung einer Gewerkschaft, eines Streiks reiche es nicht mehr aus, ein gewandter Routinier zu sein und vor allem danach zu trachten, die Kasse zu füllen und alles zu vermeiden, was sie leeren könnte. Als ob dies schon niemals ausgereicht hätte! Ebenso eigentümlich wie diese Annahme ist es, daß die Gewerkschaften selber von ihrer so oft schon behaupteten fortschreitenden Ohnmacht absolut nichts spüren, sondern ganz im Gegenteil des festen Glaubens sind, daß sie von Jahr zu Jahr wachsen an Einfluß und Macht.

Rautsky wendet sich auch dagegen, daß der Kölner Gewerkschaftskongress beschlossen habe, die Propaganda, das heißt die Diskutierung des politischen Massenstreiks in der gewerkschaftlichen Welt habe von nun an aufzuhören. Auch das ist ein Irrtum. Da nur die deutschen Gewerkschaften gemeint sein können, so ist festzustellen, daß in denselben der Generalstreik oder Massenstreik auch vorher nicht diskutiert worden ist. In der deutschen Arbeiterbewegung war es stets einmütig abgelehnt worden, sich für die Generalstreikschwärmerei zu begeistern, und der Kölner Kongress hat lediglich die Meinung ausgesprochen, daß es bei dieser Ablehnung bleiben soll. Der Kongress hat die Gefahr ganz richtig beurteilt, die darin ruht, daß einzelne hervorragende Parteigenossen einen Meinungswechsel vollzogen und den Generalstreik plötzlich nicht bloß für diskutierbar, sondern heute sogar schon für das wichtigste, ja für das einzige Mittel zum Siege des Proletariats erklärt haben. Gegenüber der mühsamen Tätigkeit in der Organisation, welche bis dahin erstes Pflichtgebot in der deutschen Arbeiterbewegung war, ist ja die Idee des Generalstreiks so furchtbar bequem, daß leicht voranzusehen war, daß sich nun auch in Deutschland eine zahlreiche Anhängertruppe finden würde. Und die Hege gegen den Kölner Gewerkschaftskongress, diesen „Beantentkongress“, hat noch ein übriges dazu geholfen.

In einer Besprechung des Gewerkschaftskongresses hat Viktor Adler-Mien folgender Meinung Ausdruck gegeben: „Der Massenstreik ist in keiner Weise Sache der Gewerkschaften und wird es nie sein können, er liegt gar nicht in der gewerkschaftlichen Sphäre.“ Komme es einmal zu einem Generalstreik, dann müßten die Gewerkschaften völlig „zur Seite treten“. Oder glaubt man, fragt Adler, daß ein Massenstreik durch Aussicht auf Streikunterstützung zu gewinnen sei?

Eine entgegengesetzte Ansicht vertritt Rautsky in seiner Vorrede, nämlich daß der Generalstreik die Gewerkschaften ebenso sehr angehe wie die Partei, weil der Streik notwendig sei als eine „Kombination gewerkschaftlicher mit politischer Aktion“. Trotzdem hält Rautsky den Generalstreik durchaus nicht abhängig von der gewerkschaftlichen Organisation, ja diese wird gar nicht gebraucht, denn: es sei grundlos, das Gelingen des Massenstreiks davon abhängig zu machen, daß die Masse gewerkschaftlich organisiert sei. Das beweise das russische Beispiel! — Also geht es auch ohne die Gewerkschaften?

Die Verfasserin des Buches ist nicht der Meinung wie Rautsky, daß die gewerkschaftliche Aktion immer ohnmächtiger werde, sie konstatiert vielmehr als unleugbare Tatsache, daß die Ausdehnung der Streiks nicht ab-, sondern zunimmt.

In mehreren Kapiteln erörtert sie die verschiedenen Arten von Generalstreiks, darunter auch den „generalisierten Sympathiestreik“, über welchen sie sich sehr abfällig äußert und es zustimmend verzeichnet, daß über solche Sympathiestreiks von erfahrenen Gewerkschaftsführern der Stab gebrochen wurde. Ganz unsere Meinung vertritt die Verfasserin in folgendem Satz: „Praktisch ist der Solidaritätsstreik nur zu oft der Versuch eines Schwachen, sich an einem anderen, ebenso schwachen zu halten. Ein Versuch, bestimmt zu mißlingen.“ Er möge noch so drohend aussehen, aber es sei doch kein Markt, keine gesunde Kraft in ihm, innerlich sei er hohl und fleck. Der Schwache, der sich mit Hilfe anderer auf den Beinen zu halten hoffte, reiße diese mit in seinen Fall. Das sei die Geschichte zahlreicher „generalisierter Streiks“ der letzten Jahre, sie enden gewöhnlich mit einer Katastrophe, die Organisation wird schwer geschädigt oder zerstört. „Es ist also die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation eine Wurzel des generalisierten Streiks“, woraus es sich auch erklärt, daß diese Streiks besonders in Ländern mit zurückgebliebenen Organisationen, wie Frankreich und Spanien, zu Hause sind.

Eine andere Art ist der „ökonomisch-soziale Generalstreik“. In diesem Kapitel verweist die Verfasserin darauf, daß schon der Kongress der Internationalen in Brüssel im Jahre 1868 erklärte: „daß der Gesellschaftskörper nicht existieren könne, wenn die Produktion während einer bestimmten Zeit unterbunden wäre, daß es also seitens der Produzenten genügen würde, das Produzieren einzustellen, um die Unternehmungen persönlicher oder despotischer Regierungen unmöglich zu machen“. Diese Definition deutet doch eigentlich genau auf den politischen Streik hin, wie man ihn heute will. Aber die Verfasserin bezeichnet diesen „ökonomisch-sozialen“ oder „revolutionär-ökonomischen Generalstreik“, wie sie ihn auch einmal nennt, als den anarchischen Generalstreik. Sie spricht von den „Absurditäten“ dieser „Generalstreikillusion“, welche die normale Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zurückgehalten habe, weil der Geist, mit dem sie die Gewerkschaften erfüllt, diesen für ihre wichtigste Tätigkeit — die Besserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter in der kapitalistischen Gegenwart — entschieden hinderlich sei.

Die Idee dieses Generalstreiks übe auf den geistigen Zustand der Arbeitermassen einen ähnlichen Einfluß wie die Lektüre von Sensationsromanen auf den der Jugend. „Sie macht sie überpannt, verklebt ihren Sinn für die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, zerstört jedes gesunde Interesse für das tägliche Leben und die tägliche Arbeit; hält sie zurück vom frischfröhlichen Kampfe des Augenblicks und konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf die Erwartung des zukünftigen Heiles, wenn sie nicht gar die Kraft des Proletariats in ungenügend organisierten und schlecht geleiteten, zum Fehlschlagen im voraus verurteilten Streikversuchen vergeudet. Die Gewerkschaftsbewegung im Banne der Generalstreikillusion hat nur die Wahl zwischen fieberhaftem Vosschlagen und tatenlosem Erwarten der Zukunft, wobei sich ihre Sehnsucht nur in exaltierten Worten äußern kann.“ Ich bitte die Leser, diese trefflichen Sätze für das Nachfolgende im Gedächtnis zu behalten.

Im folgenden Abschnitt behandelt die Verfasserin den „ökonomischen Streik mit politischer Bedeutung“. Das ist auch noch nicht der politische Massenstreik im Sinne der neuen Idee, sondern hier handelt es sich hauptsächlich um Streiks im Transportgewerbe, vor allem um den Eisenbahnerstreik, mit welchem die Verfasserin sich besonders ausführlich befaßt. Sie sagt unter anderem: „Der Eisenbahnerstreik hat nicht bloß politische Wirkungen, sondern schafft plötzlich eine revolutionäre Lage: deshalb die ängstliche Stimmung, die sich der bürgerlichen Klassen bemächtigt, deshalb auch der frohe Mut beim Proletariat, die Begeisterung, die in ihm auflodert.“ Aber die Verfasserin hält nicht viel davon. Selbst einen vorläufigen Sieg müssen die Arbeiter meist teuer bezahlen. Sogar dort, wo eine kluge Führung den Streik zur rechten Zeit abbricht, hilft das den Arbeitern wenig, denn sobald die bürgerliche Gesellschaft sich von ihrer Furcht vor der Gewalt des Proletariats wieder erholt hat, lebt nur ein Gedanke in ihr, die Niederlage auszulöschen, die Zukunft vor ähnlichen Verlegenheiten sicherzustellen. Der Staat werde alsdann alle seine Machtmittel zusammenraffen, und je größer anfänglich der proletarische Sieg, je größer der Schrecken der bürgerlichen Klassen war, desto unerbittlicher er nachher die Unterdrückung. In den Stimmungen, die er erzeuge, wie auch in seinen Konsequenzen gleiche fast jeder bedeutende Eisenbahnerstreik in der seitherigen Geschichte einer anfangs siegreichen, dann aber mißlungenen Revolution.

Aber all dieses gilt der Verfasserin nur für den „ökonomischen“ Eisenbahnerstreik (mit politischer Bedeutung!), im Gegensatz zum politischen Streik. Aber sie sagt in ihren Schlußbetrachtungen über diese ökonomischen Streiks selbst, daß sie immer von den Arbeitern anfänglich unbezweckter politischer Wirkungen zeitigen. Am allermeisten beim Eisenbahnbetrieb: „Da ist der Streik immer nur der erste Akt des Schauspiels, worauf bald ein zweiter im Parlament folgt. Die von den Arbeitern auf ökonomischem Wege auf einen Augenblick überwältigte bürgerliche Gesellschaft überwältigt sie (die Arbeiter) bald ihrerseits durch die Kraft der gesetzlichen Gewalt.“

Warum dies nur vom ökonomischen Streik gelten soll, ist schwer verständlich. Die Gefahr ist ganz dieselbe, wenn der Streik in der bewußten Absicht, die politischen Wirkungen zu bezwecken, begonnen wird. Der Unterschied ist zweifellos sehr gering, das sieht auch die Verfasserin trotz aller ihrer feinen Unterscheidungen ein; sagt sie doch schließlich selbst,

daß es vom ökonomischen zum politischen Massenstreik, also vom Streik mit unbezweckten zu einem solchen mit bezweckten politischen Wirkungen nur ein Schritt ist.

(Fortf. folgt.)

Neue Gewerkschaftsliteratur.

(Fortsetzung.)

Die zahlreichen Lohnbewegungen trugen natürlich sehr zur Erstarkung des Vereins bei; im Herbst 1869 hatte er schon an 91 Orten 10000 Mitglieder. Der Arbeitervereinsverband entfaltete auch eine rege Agitation zur Stärkung der Organisationen, wobei es ohne die rücksichtslose Bekämpfung durch die Anhänger der Eisenacher Richtung und die Hirsch-Dunckerianer nicht abging. Das was heute im Kampfe zwischen unseren, den Lokalvereinen, christlichen und Hirsch-Dunckerischen Organisationen geleistet wird an gegenseitigen Liebeswürdigkeiten hält keinen Vergleich an gegen die damals geliebten Kampfesmittel. „Schuflige Schweizeraner“, „bezahlte Subjekte“ waren das mindeste, was man sich an den Kopf warf im täglichen Bruderkampf. Da sind ja die „selbstgefälligen, strahlenden, selbstsüchtigen Borniertheiten“ der heutigen Tage nur ein schwacher Abglanz jener Zeiten, wo sich's viel ungenierter mit kräftigen Saugheben und Invektiven gegen den verhassten Gewerkschaftler kämpften ließ. Man lese nur die Stellen auf Seite 34 ff. des Bringmannschen Buches nach, wo über die Agitationsweise in jener Zeit berichtet wird.

Schädigend auf die Entwicklung der Gewerkschaften wirkte die Stellung ein, die die Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu der Gewerkschaftsbewegung einnahmen. Anfangs entschiedene Freunde derselben, behandelten sie die Gewerkschaftsbewegung als nebenächlich, je mehr sie an Umfang und Bedeutung gewann und die Leistungen und die Bedeutung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in den Schatten stellte und ihn in seiner Entwicklung benachteiligte. Die Hauptstütze der Lassalleschen Organisation stellten sich den Gewerkschaften fast feindlich gegenüber. Die dritte Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die vom 12. bis 15. Januar in Berlin tagte, beschloß auf Anregung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Verschmelzung der Arbeitervereine zu einem „Allgemeinen deutschen Arbeiterunterstützungsverband“. Auch der Allgemeine deutsche Zimmererverein beschloß durch Abstimmung, sich mit dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereinsverein zu verschmelzen.

Die Absicht der Führer der Lassalleschen Organisation, nämlich die Streikbewegung der Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften anzupassen, wurde nicht erreicht. Obgleich der Vorstand des Allgemeinen deutschen Zimmerervereins im Sinne v. Schweizers wirkte, ging die Lohnbewegung im Jahre 1870 doch in sehr hohen Wogen, bis der Krieg dazwischen kam. Ende April des Jahres hatte der Ausschuß des Arbeitervereinsverbandes, schon so viele Streiks genenigt und für Verbandsfrage erklärt, daß für die nächste Zeit an neue nicht zu denken war. Aber alle Bremser half nichts, sondern bestimmte nur manche Mitgliedschaft, auf eigene Faust loszuschlagen und bei dem Präsidium nicht mehr um Rat zu fragen. In vielen Orten fanden Lohnbewegungen statt, wovon die Leitung erst erfuhr, als die Beiträge von jenen Orten ausblieben. Dem Präsidium und dem „Sozialdemokrat“, dem offiziellen Organ der Lassalleaner und des Arbeitervereinsverbandes, ging die Kontrolle über die Streikbewegung fast vollständig verloren, so daß nur über wenige Streiks, und meist nur durch Abdruck der Berichte aus den gegnerischen Blättern, berichtet werden konnte. Diesen Lohnbewegungen machte nur der Krieg ein Ende. Aber selbst nach Ausbruch des Krieges mußte der „Sozialdemokrat“ die Maurer und Zimmerer noch darauf hinweisen, „daß nach dem ausgebrochenen Kriege zwischen Deutschland und Frankreich eine Aussicht, die gestellten Forderungen bewilligt zu erhalten, sehr erschwert ist. Es wird bei der allgemeinen Beschäftigung ganz nebensächlich die Luft, Neubauten aufzuführen oder bedeutende Reparaturen vorzunehmen, verschwinden. Dieser Umstand muß jedenfalls von den Beteiligten berücksichtigt werden.“

Der Allgemeine deutsche Zimmererverein hatte sich mittlerweile am 1. Juli 1870 zugunsten des Allgemeinen deutschen Arbeiterunterstützungsverbandes aufgelöst.

Der Allgemeine Arbeiterunterstützungsverband kündigte seine Haltung zu Streiks in einer Erklärung des Verbandsausschusses wie folgt an: „1. In Erwägung, daß die planlosen Streiks und die zersplitterten Unterstützungen aus der Verbandskasse zwecklos sind, daß es geradezu ein Unfinn ist, wenn die Arbeiter an zwanzig Orten und in zwanzig Gewerkschaftszweigen zugleich Streiks machen und sich dabei einbilden, die Verbandskasse könne genug Geld haben, diese sämtlichen planlosen Streiks zu unterstützen; in Erwägung endlich, daß vor allem dahin getrebt werden muß, Planmäßigkeit, Ordnung und Disziplin in das Streikwesen zu bringen, erklärt der Ausschuß, daß er stets für einen Streik nur dann Gelder bewilligen will, wenn derselbe vorher statutengemäß angemeldet und gebilligt worden ist; 2. da der Hamburger Streik noch vom alten Verband herübergenommen ist, dessen Ausschuß nicht von diesem strengen Prinzip ausging, so wird eine Geldbewilligung für die Hamburger ausgesprochen, jedoch mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß man sich niemals auf diesen Fall berufen und beziehen möge, indem die Geldbewilligung lediglich darum geschieht ist, weil der Ausschuß des Verbandes in solchen Fällen Bewilligungen auszusprechen pflegte, daß aber in Zukunft und von jetzt ab nach der ganzen Strenge des Statuts wird verfahren werden.“

Der Krieg 1870/71 hatte die vielversprechenden Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland fast ganz zerstört. So fanden die Gebrüder Kapell, als sie aus dem Feldzug zurückkehrten, in Berlin nur noch 35 bis 40 Mitglieder des Arbeiterunterstützungsverbandes vor. Der große Geschäftsaufschwung, der nach dem Kriege eintrat, wirkte aber wieder belebend auf die Gewerkschaftsbewegung, und auch jetzt wieder ging der erste Anstoß zur besseren Organisation der Gewerkschaften von Berlin aus. Dort vollzog sich zuerst die Reorganisation der Gewerkschaften, dort kam auch zuerst wieder die Lohnbewegung in Fluß, wobei es wieder zu erbitterten Feinden mit den Hirsch-Dunckerianern kam. Zum erstenmal kam es auch in Berlin zu einer Aus-

* Henriette Roland-Hollt: „Generalstreik und Sozialdemokratie“. Mit einem Vorwort von Karl Rautsky. Verlag von Raden & Co., Dresden.

Spernung von 1700 Zimmerern (am 20. April 1872). Auch diese Bewegungen, die in den Jahren 1872 und 1873 in fast allen bedeutenderen Orten des Gewerbes einsetzten, endeten in der großen Hauptsache erfolgreich.

Unter dem Allgemeinen Arbeiterunterstützungsverband bereits hatten sich wieder eine ganze Reihe von Zimmerermitgliedschaften gebildet, in anderen Orten bestanden gemeinsame Mitgliedschaften mit den Maurern. Dabei hatte man die Erfahrung gemacht, daß es für die Zimmerer denn doch vorteilhafter war, sich in einem besonderen nationalen Berufsverband zu vereinigen. Die Berliner Zimmerer nahmen dann wieder die Vorarbeiten zur Gründung einer Zimmererorganisation in die Hand. Das Komitee der Berliner Zimmerer gesellen berief auf Pfingsten 1873 einen Zimmererkongreß nach Berlin ein, auf dem aus allen Gauen Deutschlands Delegierte erschienen waren und der zur Gründung einer neuen Zimmererorganisation, des „Deutschen Zimmererbundes“ führte. Neben der Agitation zur Schaffung einer großen Zimmererorganisation sollte es die Hauptaufgabe des Bundes sein, „die Ehre und die Interessen der Beteiligten zu wahren und zu fördern, und überall da, wo die materielle Lage der Beteiligten am schlechtesten steht, dieselbe durch Aufbesserung der Löhne oder Verkürzung der Arbeitszeit zu verbessern“. Der Bund sollte sich ausdehnen auf die Zimmerer, Brettschneider, Brunnenmacher und Holzschneidmühlenarbeiter. Die im Allgemeinen Arbeiterunterstützungsverband organisierten Zimmerer sollten in den Bund ohne Aufnahmegebühren eintreten; das Beitrittsgehalt für Neueintretende betrug 5 Sgr., der Beitrag je nach der Lohnhöhe 4 respektive 5 Sgr. pro Monat. Als Vorort des Bundes wurde Berlin bestimmt. Das Verhältnis zu dem Allgemeinen Arbeiterunterstützungsverband war in der Weise geregelt, daß der Zimmererbund pro Kopf seiner Mitglieder 1/2 Sgr. monatlich an die Verbandskasse abführte, wofür die Bundesmitglieder bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen die vollen Rechte der Verbandsmitglieder genossen. Die Leitung des Bundes lag in den Händen der Gebrüder Kapell, die auch den Arbeiterunterstützungsverband leiteten. Beide Organisationen leisteten sich denn auch fortgesetzt gegenseitige agitatorische und organisatorische Hilfe.

Der Zimmererbund wurde gleich nach seiner Gründung auf eine harte Probe gestellt. Allenthalben drängte die Arbeiterschaft vorwärts. Lohnbewegungen in großer Zahl wurden von den Zimmerern mit Hilfe des Bundes organisiert, allwärts organisierten sich aber auch die Meister zwecks Durchführung von den Arbeitern ungünstigen Arbeitsverträgen. Die Streiks und Lohnbewegungen veranlaßten die Unternehmer oft genug zu Aussperrungen und anderen Gegenmaßnahmen. Die damaligen Kämpfe im Baugewerbe haben vieles mit den Streiks und Aussperrungen der heutigen Zeit gemein. „Es ist alles schon einmal dagewesen“, sagt der weise Ben Affa, und auch die moderne Aussperrungstaktik des Scharfmachertums ist nichts weiter als eine Wiederholung der Aussperrungstaktik der Bauunternehmer von Hamburg und Lübeck im Jahre 1873. Gerade die Schilderung der damaligen Kämpfe gehört zu den besten Kapiteln des Bringmannschen Buches.

Der wirtschaftliche Niedergang, der mit dem Jahre 1874 einsetzte, machte der Lohnbewegung bald ein Ende. Die Arbeiter wurden immer mehr in die Defensive gedrängt, zu einer erfolgreichen Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen war die Organisation aber noch nicht stark genug. Mehr als bisher wurde denn die Aufmerksamkeit der Leitung des Bundes der Ausbreitung der Organisation zugewendet. Bald war auch dieser Tätigkeit ein Ziel gesetzt: am 4. September 1874 wurde der Bund durch Beschluß der Ratkammer des Berliner Stadtgerichtes vorläufig geschlossen. In dieser Zeit zählte die Zimmererorganisation rund 5000 Mitglieder in 64 Mitgliedschaften. Am 16. und 18. März 1875 wurde den Leitern des Zimmererbundes, der Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, des Allgemeinen deutschen Arbeiterunterstützungsverbandes, des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerverbandes und des Berliner Pückerklubs wegen Übertretung des preussischen Vereinsgesetzes der Prozeß gemacht. Dem Staatsanwalt Lessendorf, dem Handlanger Wisnarsch, gelang es, den größten dieser Organisationen einen Strick zu drehen. Unter anderen verfiel auch der Zimmererbund der definitiven Auflösung.

Hier ist auch die Internationale Gewerkschaftsgenossenschaft der Maurer und Zimmerer zu erwähnen, die von einem Komitee aus 17 Zimmerleuten in Dresden, Anhängern der Bebel-Liebnechtischen Richtung, im Mai 1869 gegründet worden war. Diese Zimmerergewerkschaft hat neben dem Zimmererverein und dem Zimmererbund immer nur ein bescheidenes Dasein geführt. Ihr Anhang beschränkte sich auf einige sächsische und thüringische Orte, da ihre Mittel nur gering waren, hat sie nur wenig Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer auszuüben vermocht. Der Zusammenschluß der Lassalleaner mit den Eisenachern auf dem Gothaer Kongreß führte nicht nur die Einigkeit in der Partei herbei, er veranlaßte auch den Zusammenschluß der Lassalleischen Gewerkschaften mit den Internationalen Gewerkschaften, so daß auch die Verschmelzung der verschiedenen Zimmererorganisationen zur Tatsache ward.

Die an der Gothaer Einigungskonferenz der Gewerkschaften (28. und 29. Mai 1875) beteiligten Zimmererdelegierten beschloßen, „eine feste Organisation der deutschen Zimmererleute in einem sofort ins Leben zu rufenden Verein herzustellen“. In einer Generalversammlung der Zimmerer Berlins, am 6. Juni 1875, wurde denn diese neue Zimmerergewerkschaft, der „Deutsche Zimmererverein“, konstituiert. In dem Statut desselben wurde ausdrücklich festgestellt, daß sich der Verein auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung gebildet habe und den Zweck verfolge, seinen Mitgliedern „auf dem Gebiet der Zimmererei förderlich zur Seite zu stehen“ durch praktische und technische Ausbildung; Verkürzung der Arbeitszeit zunächst dort, wo dieselbe am längsten ist; Erhöhung der Arbeitslöhne an solchen Orten, wo dieselben im Verhältnis zu den Lebensbedürfnissen am niedrigsten stehen; Arbeitsvermittlung, Unterstützung auf der Reise befindlicher Mitglieder, sowie Unterstützung in Sterbefällen. Der Verein erstreckte sich wie der Bund auf Zimmerer, Brettschneider, Mühlenbauer und Brunnenmacher, das Eintrittsgeld betrug 25 Pf., der Beitrag monatlich 40 Pf., wovon 25 Pf. an die Hauptkasse abzuführen, 15 Pf. am Orte verbleiben sollten,

— „welche für Unterstützung reisender Mitglieder und bei Sterbefällen zu verwenden sind“, sagt das Statut. Die Leitung des Vereins lag wiederum in den Händen der Gebrüder Kapell.

Am 13. und 14. Juli 1875 fand die erste Generalversammlung des Deutschen Zimmerervereins in Hamburg statt; vertreten waren 1755 Stimmen aus 24 Orten durch 20 Delegierte. Die in der Internationalen Gewerkschaftsgenossenschaft organisierten Zimmerer waren nicht alle vertreten, später gelang es auch, die abseits stehenden Elemente noch der gemeinsamen Organisation zuzuführen. Am Schlusse des Jahres 1875 hatte der Zimmererverein dank seiner regen Agitation bereits in 65 Städten Mitgliedschaften errichtet. In der Lohnbewegung mußte sich der Verein im Hinblick auf die ungünstige Geschäftskonjunktur große Beschränkung auferlegen. Nur elf Monate hatte der Verein bestanden, in 90 Orten konnte er bereits Mitglieder aufweisen, da verfiel er am 24. Mai 1876 wiederum der polizeilichen Auflösung für den Bereich der preussischen Monarchie, und das, trotzdem er sich streng von jeder politischen Tätigkeit ferngehalten hatte. Die Schließung des Vereins für das preussische Gebiet wurde später auch vom Gericht ausgesprochen; Otto Kapell wurde zudem zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Auch in Mecklenburg wurde der Zimmererverein von den Behörden und Gerichten verfolgt. Dort wurden allein in Sachen des Zimmerervereins gegen 1000 Mk. Geldstrafen verhängt.

Die Leitung der Organisation war noch vor Schließung der Berliner und der preussischen Mitgliedschaften nach Gotha und schließlich nach Hamburg verlegt worden. Dadurch entging man der Schließung des Gesamtvereins, und die Liquidation desselben konnte in aller Ordnung vorgenommen werden. Auf der am 18. und 19. Juni 1876 in Hamburg stattgefundenen zweiten Generalversammlung wurde denn auch beschlossen, am 1. August 1876 den Zimmererverein aufzulösen; ein im Anschluß an dieselbe tagender Zimmererkongreß beschloß aber, wiederum eine zentralisierte Organisation ins Leben zu rufen und sie „Deutsches Zimmerergewerk“ zu nennen. Dieser Organisation wurde erst durch das Sozialistengesetz ein Ziel gesetzt. Wie die meisten deutschen Gewerkschaften, so fiel auch das „Deutsche Zimmerergewerk“ diesem Schandgesetz zum Opfer.

Das Bringmannsche Buch, das außer der von uns in vorstehendem kurz skizzierten Geschichte der Zimmererbewegung der sechziger Jahre eine Beleuchtung der Arbeiterorganisationen im Baugewerbe (1868 bis 1881) und eine Geschichte der Zentralkasse der Zimmerer bringt, läßt uns einen tiefen Einblick in die ersten Jahre des Bestehens der deutschen Gewerkschaftsbewegung tun. Jeder Gewerkschafter dürfte aus diesem Buche Anregung und Belehrung schöpfen, weshalb wir es allen Gewerkschaftsbibliotheken zur Anschaffung und allen Mitgliedern zur Lektüre empfehlen.

In einer umfangreichen Vorrede verteidigt der Verfasser seine im ersten Bande gezogenen Schlussfolgerungen, vor allem die, daß die Gewerkschaftsbewegung in den sechziger Jahren bei den Lassalleanern stärkere Förderung gefunden habe. Weiter nimmt er zu einigen aktuellen Gewerkschaftsfragen, so zu der Frage „Partei und Gewerkschaft“ Stellung. Hierzu wird gelegentlich noch einiges zu sagen sein. (Fortf. folgt.)

Zwanzigster deutscher Korbmachertag.

Altona, 2. August (Originalbericht).

Am 30. Juli wurde hier der Zwanzigste deutsche Korbmachertag mit einer Begrüßung der von auswärts eingetroffenen Delegierten durch den Obermeister der Altonaer Korbmacherei, Herrn Kerling, eröffnet. Eingetroffen sind Delegierte aus Berlin, Leipzig, Stettin, Frankfurt a. O., Rostock, Magdeburg, Hannover, Wittenberge, Bremen, Buttenstedt und Hamburg.

Am Montag den 31. Juli begannen die eigentlichen Verhandlungen, die der Vorsitzende A. Bergmann-Berlin leitete. Zuerst präsidierte der Vorsitzende mit überragenden Worten, welches für das Handwerk so treu Sorge und bemüht sei, die Industrie im Lande zu befestigen. Der beste Beweis hierfür sei die so überaus anstrengende jüngste Reise des Kaisers nach Nowo. Die Delegierten brachen in ein kräftiges Hoch auf das Herrscherhaus aus.

Namens der Altonaer Stadtverwaltung nahm Herr Senator Göst an den Verhandlungen teil, welcher den Herren Delegierten einige Artigkeiten sagte und die gute alte deutsche Tugend der Gastfreundschaft pries, die in Altona immer gepflegt worden sei. (3)

Der Geschäftsbericht des Vorstandes lag gedruckt vor. Der Vorsitzende beantragte, denselben zur Verlesung zu bringen, weil er sonst hingelegt würde und die Delegierten nicht wüßten, was darin stünde. Eine solche Behandlung wollte er aber diesem, wie er sagte, wichtigen Dokument nicht zuteil werden lassen. Die Versammlung aber murkte gegen eine solche Zumutung, und als sich schließlich einer der biederen Flechtmeister zu der Bemerkung verstieg, daß man auch über den Bericht diskutieren könne, ohne ihn gelesen zu haben, da erklärte der Vorsitzende kategorisch: Diskussion gibt's nicht. Weiter bemerkte er denjenigen, welche gegen die Verlesung des Berichtes opponierten, daß doch schließlich bei einem solchen Verbandstag die Arbeit über das Vergnügen gehe (der Herr scheint seine Pappenhäimer zu kennen); aber die Versammlung blieb fest und wollte von dem Inhalt des Geschäftsberichtes nichts wissen. Um jedoch dem Verfasser des Berichtes diesen Schmerz zu lindern, erklärte einer der Herren Teilnehmer, daß er gesehen habe, wie schon gestern Abend einige Delegierte in dem Bericht geblättert hätten. Da hellten sich auch die Bize des gestrengen Herrn Vorsitzenden wieder auf, und mit der Mahnung, in diesem löblichen Beginnen (nämlich in dem Bericht zu blättern) nicht zu erlahmen, war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Aus dem Bericht des Kassensührers Faust-Berlin über die Verbandskasse ist ersichtlich, daß im Jahre 1904/05 902,52 Mk. vereinnahmt wurden, während die Ausgaben sich auf 510,87 Mk. beliefen. Dem Bunde deutscher Korbmachereinnungen gehören zurzeit 23 Innungen mit 960 Mitgliedern, sowie 87 Einzelmitglieder an. Die Sterbeunterstützungskasse des Bundes hatte eine Einnahme von 293,20 Mk., eine Ausgabe von 294,90 Mk. Zu den Ausgaben der Verbandskasse

ist zu bemerken, daß für Diäten und Reisegeld 305 Mk. aufgewendet wurden, für Dank- und Jubiläumskarte 202,87 Mk. und für Porto 3 Mk.

Dr. Schulz aus Berlin, juristischer Beirat des Bundes und Verleger des Verbandsorgans, sprach dann über: „Die Notwendigkeit der Schaffung einer alle Interessengruppen der Korbwarenindustrie umfassenden Organisation“. Redner schilderte die Verhältnisse, welche im Korbmachergewerbe zurzeit noch herrschen, und wies darauf hin, wie hier mehrfach die verschiedensten Interessen kollidieren. Will man eine solche Frage im Interesse der Korbmacherei lösen, so bedarf es dazu Zeit. Ziel sei zwar noch nicht erreicht, aber es gehe vorwärts. Die Parole sei: Sicherung der Existenz des Meisterstandes. Die Entwicklung der Industrie und des Handels habe es mit sich gebracht, daß das Handwerk immer mehr unterdrückt werde. Dasselbe gehe immer mehr zurück, ein Artikel nach dem anderen wird der handwerksmäßigen Produktion entzogen. Kapitalistische Mächte sind es, und zwar nicht die eigentliche Großindustrie, sondern der Kaufmann und Händler, welche überall dazwischenfragen und die wesentlichsten Vorteile einstecken. Diese Mächte haben Gelegenheit, Millionen umzusetzen und Millionen zu erwerben. Um dem Handwerk diese Millionen zu erhalten und zu sichern, sei es notwendig, daß die kapitalistischen Mächte zurückgedrängt und Meister, Gesellen und Lehrlinge um die Fahnen der Innungen geschart würden. Dann würde sich das Reichsamt des Innern hüten, wie geschehen, zu erklären, daß es gar nicht gewußt habe, daß ein Korbmachereinnungsverband existiere. Ebenso habe das Handelsministerium es nicht verstanden, bei dem Abschluß der Handelsverträge die Interessen der Landesländer gebührend zu wahren. Man habe auch schon den Anfang mit Einigungsgenossenschaften gemacht, aber auch diese seien nicht vorwärts gekommen, weil die Organisation nichts taue. Redner empfahl zum Schlusse einen engeren Zusammenschluß aller Korbmacher in einer einheitlichen Organisation. Obermeister Kerling-Altona sprach gegen eine allgemeine Organisation und erklärte, es sei richtiger, sich auf die Innungen zu beschränken. In der Debatte beteiligten sich mehrere Redner. Beschlossen wurde, die Frage im Auge zu behalten. (1)

Punkt 7 der Tagesordnung lautete: „Der Stand der Zollfrage in bezug auf Korbwaren.“ Herr Scheele-Berlin als Referent bemerkte, daß nichts Erfreuliches zu berichten sei, weil bei der ausgesprochenen Bevorzugung der agrarischen Interessen von der deutschen Gesetzgebung die Korbwarenindustrie sowohl als andere gewerbliche Branchen stark benachteiligt und teilweise geradezu geopfert worden seien. Herr Dr. Schulz bezeichnete die Regierungen als völlig indifferent und rief den anwesenden antisemitischen Reichstagsabgeordneten Raab zum Bannerträger des verlassenen Handwerks auf.

Weiter wurde über die Schädlichkeit der Gefängnisarbeit diskutiert. Es wurden einige Reden aus dem Abgeordnetenhaus von freisinnigen, ultramontanen und national-liberalen Abgeordneten verlesen, denen man sich einfach anschloß. Herrn Raab imponierte das allerdings wieder nicht. Der Vorstand verwies auf seine unter dem 30. Januar 1904 an das Abgeordnetenhaus gerichtete Petition, in welcher die schweren Schädigungen des selbständigen Korbmacherhandwerks durch die Beschäftigung von Gefangenen mit Korbmacherarbeit in den preussischen Gefängnissen hervorgehoben werden. Danach sind über 700 Strafgefangene auf „Gestellarbeit“ beschäftigt, während nicht ein Drittel dieser Zahl als freie Gehilfen in den Privatunternehmungen ihr Brot verdienen. Die Petition führt weiter aus, daß es gegenwärtig nicht mehr genüge, die geschlagene Korbmacherarbeit in den Gefängnissen abuschaffen und immer weniger Gefangene mit Gestellarbeit zu beschäftigen, sondern die Petenten bitten dringend, daß sämtliche Zweige der Korbmacherei baldigst aus den preussischen Gefängnissen ausgeschlossen werden. Einige Redner sind von der Behandlung, die diese Petition seitens der Regierung und des Abgeordnetenhauses erfahren hat, sehr befriedigt, während Obermeister Kerling-Altona bedauert, daß derartigen Bestrebungen immer noch die nötige Unterstützung fehle. Er tritt dann weiter dafür ein, daß auch die Demijohnarbeit aus den Gefängnissen entfernt werde. In Altona und Glückstadt seien zirka 100 Gefangene mit Demijohnarbeiten beschäftigt, während im ganzen hiesigen Arbeitsbezirk ungefähr die gleiche Zahl fogenannter freier Arbeiter dieser Branche in Frage käme. Es sei dem Unternehmer natürlich unmöglich, gegen diese Gefängnisarbeit zu konkurrieren, deshalb müsse dieselbe ebenfalls verboten werden. Herr Dr. Schulz erwiderte, daß bei früherer Gelegenheit auf eine Petition aus Hamburg erwidert worden sei, daß Demijohnarbeit überhaupt nicht zur Korbmacherei gehöre. Der Verbandstag stellte durch einstimmigen Beschluß fest, daß die Demijohnbranche zur Korbmacherei zu zählen sei.

Über die Vorteile der Handwerkskammern entspann sich eine interessante Debatte. Neben einigen Stimmen, welche auf den Wert einer gesetzlich anerkannten Interessenvertretung hinwiesen, überwoog die entgegengesetzte Meinung, welche sich über die hohen Kosten und vielen Scherereien beklagte und dabei jeden positiven Nutzen entschieden in Abrede stellte. Es würde zwar sehr viel Aufhebens um die Behelinge gemacht, aber was die jungen Leute anfangen sollen, wenn sie aus der Lehre entlassen werden, darum kümmere man sich nicht. Die Meisterprüfung durch die Handwerkskammern habe gar keinen Wert und müsse den Innungen wieder übertragen werden. Während die freien Innungen sich dem in den Handwerkskammern vorhandenen Zwange entziehen können, sind die Zwangsinnungen mit Händen und Füßen gebunden. Herr Bartelmann-Rostock bemerkte dagegen, daß in seiner Stadt die Handwerkskammer sehr gut wirke. Diese habe aber auch das juristische Element aus ihrer Mitte ferngehalten und sich wirklich praktischen Aufgaben zugewendet. So sei zum Beispiel die grenzenlose Behelingszucht stark beschränkt. Früher habe ein Maurermeister neben einigen Gesellen 60 Lehrlinge beschäftigt, was durch Eingreifen der Handwerkskammer abgeschafft worden sei. Soweit die Handwerkskammern das noch nicht seien, was sie sein sollten, liege die Schuld hieran einzig und allein an dem Indifferentismus der Handwerksmeister selbst.

Ein Antrag, für die Mittelhandspartei 20 Mk. (1) zu bewilligen, wurde mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Berliner Innung beantragte, dahin zu wirken, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung auf die Haus-

Industrie ausgedehnt würden, und die Forderung zu Hannover-Linden verlangte die Bekämpfung der Hausindustrie überhaupt. Diese Anträge zeitigten eine lebhaft und bemerkenswerte Diskussion über die Schädlichkeit der Hausindustrie, wie sie sich in den Köpfen der Fingerringmeister darstellt. Nachdem eifrig Redner der Hausindustrie scharf zu Reibe rücken, erhob sich Herr Dr. Schulz zur Rettung dieses Krebsgeschwulstes des ganzen Gewerbes. Nach seiner Meinung ist eine Beseitigung der Hausindustrie weder möglich noch wünschenswert. Erstes aus dem Grunde nicht, weil beabsichtigt sei, die Krankenversicherung auf die Hausindustrie auszu dehnen. Im übrigen müsse man sagen, daß die Hausarbeiter zum Beispiel in der Weimarer Gegend sich recht glücklich fühlten. Er ersuchte, den Antrag so zu formulieren, daß nicht die Hausindustrie selbst, sondern höchstens die Kinder ausbeutung in derselben unterbunden werde. Für den folgerichtigen nichtstigmatisierenden Antrag erhoben sich aber auch nur ganz wenige Stimmen. Nach vollzogener Neuwahl der Verbandsleitung war die Tagesordnung erschöpft.

Wenn wir uns ein Urteil über diese Verhandlung gestatten, so kann es nach keiner Richtung hin günstig ausfallen. Der Aufbau und die Behandlung der ganzen Tagesordnung ließ erkennen, daß weder die Verbandsleitung noch die Delegierten ihren Aufgaben gewachsen waren. Ungenügende Vorbereitung und mangelhafte Führung aber zeitigten die unabweislichen Folgen, die auch dieser Verbandstag aufweist, nämlich: man ist nachher genau so klug wie vorher. Wer nur einige Erfahrungen im Versammlungswesen besitzt, konnte sich eines Gefühls des Bedauerns über die ertauiliche Ungeschicklichkeit der Leitung und die Unbeholfenheit der Delegierten nicht erwehren.

Während in den Tagungen der Arbeiterorganisationen lebendiger Geist und frisches Blut zu immer neuem Vorwärtstreben drängt, schwebt über den Verhandlungen unserer Zunftvertreter der Geist der Rückständigkeit. Wo so wenig Zurechtfindung und Begeisterung für die eigene Sache vorhanden ist, als wie sie in den Verhandlungen der Korbmachertunungsmeister in die Erscheinung trat, da ist jeder Glaube an die Zukunft und an die eigene Kraft verloren. Deshalb müssen auch die Korbmachergehilfen, denen übrigens auf dieser Tagung kaum Genöhdnung getan wurde, mit um so größerer Energie ihren zeitgemäßen, der modernen Produktionsweise entsprechenden Forderungen Nachdruck verleihen, was aber auch nur durch eine moderne Organisation geschehen kann. Über die Zunftbestrebungen ist die Geschichte längst hinweggeschritten.

Die Aussperrung der Maschinenarbeiter und Tischler zu Breslau.

Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß die Arbeiter in den Holzbearbeitungsfabriken den größten Betriebsgefahren ausgesetzt sind. Hat sich doch jüngst in einer Erhebung gezeigt, daß von 800 Maschinenarbeitern nicht weniger als 62 Arbeiter den Verlust von Gliedmaßen, Fingern, Händen, Armen, Augen zu beklagen hatten. Bei einer übermäßig langen Arbeitszeit, in vorzeitig ermüdender, nervenanstrengender Tätigkeit ist die Häufigkeit der vorkommenden Unglücksfälle nur zu erklärlich. Die staubgeschwängerten Arbeitsräume, die ungenügende Ventilation in den meisten Betrieben lassen die Schädigungen erklärlich scheinen, und alle diese Übelstände erheischen eine durchgreifende Besserung. Aus diesen Gründen haben die Maschinenarbeiter den Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes beauftragt, in deren Namen an die Arbeitgeber folgende Forderungen zu stellen:

1. Einführung der neunstündigen Arbeitszeit.
 2. 20 Prozent Lohnerhöhung. Minimallohn 40 Pf. Bei Neueingetretenen oder Anfängern ist der bisherige Lohn des früheren Arbeitgebers maßgebend.
 3. Für Überstunden bis 8 Uhr abends Zuschlag von 15 und über 8 Uhr und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag. Jedoch dürfen Überstunden nur in dringenden Fällen geleistet werden.
 4. Anbringung von Sprinklern und einer reich zu erreichenden Verbandstafel mit dazugehörigen Utensilien.
- Es wurde Antwort bis 1. Juli erbeten. Am 5. Juli machten die Unternehmer das Zugeständnis der neunstündigen Arbeitszeit. Für Überstunden einen Zuschlag von 5 Pf. Eine Lohnerhöhung wurde rundweg abgelehnt. Auch mündliche Verhandlung wurde nicht zugestanden.

Inzwischen, da noch Verhandlungen mit der „Freien Vereinigung“ gepflogen wurden, ist in zwei Betrieben, von Rösner (früher Weber) und Becker, Löwe & Co., nach dreitägigem Streik eine Einigung erzielt worden. Es wurde die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Im letzteren erfolgte eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde, im ersteren von 5 Pf. pro Stunde. Der niedrigste Lohn war demnach 41 Pf., der höchste 50 Pf. pro Stunde. Überstunden sind mit 10 Pf. pro Stunde in beiden Betrieben bezahlt. Die Arbeit ist unter diesen Bedingungen in beiden Betrieben einmütig aufgenommen worden. Inzwischen eingetretene Arbeitswillige haben die Arbeitsstätte verlassen müssen. — Da taten sich auch am 18. Juli die Maschinenarbeiter von Gebr. Bauer auf und ersuchten in höflicher Weise die Firma um eine Stellungnahme zu den Forderungen. Herr Bauer erklärte sich auch bald bereit, mit ihnen zu verhandeln, doch sollten sie ihre Wünsche selbstständig, also unabhängig von den allgemeinen Forderungen, aufstellen und diese ihm schriftlich überreichen. Das taten die Leute, sie ermäßigten auch die Forderungen, um mit der Firma in Frieden auskommen. Aber was geschah? Herr Bauer warf das Schriftstück in die Ecke und erklärte kategorisch, nichts bewilligen zu wollen. Durch ein solches Benehmen sich verweigert, erbitterten die Arbeiter ihrem Arbeitgeber, daß sie sich genötigt sehen, die Arbeit einzustellen. Am 18. Juli erhielt darauf die Ortsverwaltung ein vom 12. Juli datiertes Schreiben von der Vereinigung:

Infolge der heutigen Mitteilung unseres Mitglieds Herrn Bauer beabsichtigt sein Maschinenpersonal, morgen in den Streik zu treten. Wir halten es deshalb für notwendig, Ihnen unseren Beschluß mitzuteilen. Wird der Streik bei Bauer in Szene gesetzt und bis Freitag mittag die Arbeit nicht wieder aufgenommen, so werden sämtliche Arbeiter, soweit dieselben dem Verband angehören und bei Mitgliedern der Freien Vereinigung beschäftigt sind, zu dieser Stunde ausgesperrt.

Hierauf erwiderte die Ortsverwaltung unverzüglich, daß der Verband für den Streik bei Bauer nicht verantwortlich gemacht werden könne, weil die dortigen Arbeiter ohne jedes Zutun der Ortsverwaltung in den Streik eingetreten sind. Doch sei man nach wie vor gern bereit, mündlich zu verhandeln. Darauf ging wieder unterm 15. Juli eine Antwort ein, daß eine Verhandlung nur unter der Bedingung der Wiederaufnahme der Arbeit bei Bauer stattfinden werde. Am Sonnabend den 15. Juli sind in 22 Betrieben 215 Maschinenarbeiter ausgesperrt worden, organisierte und nicht organisierte. 7 Betriebe mit 53 Arbeitern haben nicht ausgesperrt und 2 Betriebe mit 28 Arbeitern haben den Tarif bewilligt. Das ist der Stand der Dinge. Die Firma Gebrüder Bauer nahm die Lohnbewegung zum Anlaß, Mitglied der Freien Vereinigung zu werden, von der sie früher nichts wissen wollte. Zur Sache selbst unterbreitete die Ortsleitung folgenden Vorschlag betreffend die Abänderung der Lohnforderung: Wo eine 5 1/2 stündige Arbeitszeit vorhanden ist, wird die Arbeitszeit beibehalten; es erfolgt eine Lohnerhöhung von 7 1/2 Prozent; in den Betrieben, in denen die zehnstündige Arbeitszeit besteht, wird die neunzehnhalfstündige Arbeitszeit eingeführt, der Lohn erhöht sich um 15 Prozent; in den Betrieben, in welchen länger als zehn Stunden gearbeitet wird, wird gleichfalls die neunzehnhalfstündige Arbeitszeit eingeführt und der Lohn um 20 Prozent erhöht. In allen Betrieben ist für Überstunden eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde zu gewähren. Diese Vorschläge wurden nach einer Debatte angenommen.

Auf diese Forderungen wurde seitens der Freien Vereinigung zunächst nicht reagiert. Es gelang aber doch, mündliche Verhandlungen anzubahnen, die zu den vorher genannten Zugeständnissen noch eine Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde erzeugten. Dieses „Zugeständnis“ wäre eventuell angenommen worden, wenn nicht ungefähr 60 Kollegen bei Verkürzung der Arbeitszeit und der zu geringen Zulage von 1 Pf. eine Lohn einbuße von 1,44 Mk. zu verzeichnen hatten.

Es war dies aber ihr höchstes und letztes „Zugeständnis“. Wenn das selbe nicht angenommen würde, dann werde Montag den 24. Juli eine Aussperrung aller Breslauer Tischler erfolgen. Diesen selben Abend fand aber noch eine Verhandlung statt, die sich zerschlug, weil der Lohnausfall nicht wett gemacht werden konnte.

Nun wurde Dienstag den 25. Juli, früh 7 Uhr, die Aussperrung der nur in Lohn beschäftigten Tischler vorgenommen, die aber die beabsichtigte Wirkung, die Maschinenarbeiter zum Nachgeben zu zwingen, nicht erreichen wird. Insgesamt sind rund 900 Mann ausgesperrt. In einer am 26. Juli stattgefundenen Versammlung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute von mehr als 1000 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung der ausgesperrten Maschinenarbeiter und Tischler, sowie noch in Beschäftigung stehenden Holzarbeiter nimmt Kenntnis von dem Bericht über die bisher gepflogenen Verhandlungen mit den Herren Arbeitgebern der Freien Vereinigung. Mit Enttäufung weist sie die groben Unterstellungen zurück, die der Verbandsleitung daselbst sowie öffentlich gemacht worden sind. Dieses Gebahren hat eine friedliche Austragung der Differenzen unmöglich gemacht, indem die Verhandlungen in der für uns erniedrigendsten Art und Weise geführt worden sind. Das sind die Ursachen des folgenschweren Kampfes, den die Arbeitgeber heraufbeschworen. Die Versammlung erklärt nach wie vor, auf dem Standpunkt friedlichen Ausgleichs zu stehen, und fordert, daß man die Forderungen gerechter würdigt. Die Versammlung erklärt sich mit den ausgesperrten und Streikenden solidarisch und werden, wenn es geboten erscheint, auch bis zum äußersten aussharren.“

Soziales.

Ein Vorschlag zu der Fabrikinspektion.

Einem berechtigten Verlangen gegen die Fabrikinspektion entspreche — die liberale „Pfälzische Rundschau“. Sie schreibt folgendes: „Über die Bekämpfung der Industrie und des Gewerbes von Seiten der Beamtenerschaft wird beinahe ausschließlich in beteiligten Kreisen sehr geklagt. Eine Stimme, die sich zum Sprachrohr dieser Klagen macht, schreibt: Auf der einen Seite bemüht sich der Staat, Industrie und Gewerbe zu heben, auf der anderen Seite werden denselben durch die Fabrik- und Gewerbeinspektoren und Polizei fortgesetzt neue Auflagen gemacht und neue Lasten auferlegt, worüber die Betroffenen meist den Kopf schütteln. Nicht genug, daß Industrie und Gewerbe fortgesetzt durch Lohnkämpfe, Tarifforderungen, Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, durch Zolltarife usw. unruhigt werden, die mit der Zeit an und für sich schon auf den Unternehmungsgeist des Volkes hemmend und lähmend einwirken müssen, so tut Polizei und Fabrikinspektion noch das ihrige, um dem Unternehmer die Schaffensfreude zu mindern. . . . Manche Fabrikinspektoren glauben erst dann ihrer vorgelegten Behörde gegenüber ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie recht große Berichte über getroffene Anordnungen einreichen können. Dies ist eine der vielen lieblichen Früchte der Bureauratie. — Die Industriellen und Gewerbetreibenden tun gut, wenn sie gegen die Anordnungen, die sie für unbillig halten, sich beschwerdefähig an die höhere Behörde wenden und nicht, um Scheinerei zu vermeiden, sich allen Anordnungen mit der Faust in der Tasche fügen. Den Ministereien ist dagegen zu empfehlen, Fabrikinspektoren anzuweisen, daß diese nur wirkliche Übelstände zu behebigen suchen und nicht durch Kleinliche Anordnungen und Überwachungen auf den Unternehmungsgeist des Volkes lähmend einwirken. Wenn erst der Unternehmungsgeist tot gemacht ist, helfen keine Arbeitsnachweinstellen, um Arbeit zu schaffen, auch keine Ausstellungen, denselben wieder ins Leben zu rufen.“

Unter der Maske: Kampf gegen die Bureauratie, sucht dieses liberale Blatt das Unternehmertum und die Regierung gegen die Fabrikinspektion aufzubringen. Seine Liebe zum „bedrängten“ Unternehmertum ist so groß, daß es — das Fürnbirger Einigungsprogramm, sein „Glaubensbekenntnis“, an den Nagel hängt. Dort steht nämlich unter den Arbeiterforderungen deutlich zu lesen:

„Ausbau der sozialen Einrichtungen auf dem Boden der Arbeitergesetzgebung des Reiches. . . — Planvolle Durchführung der Fabrik- und Gewerbeinspektion unter Vermehrung der weiblichen Hilfsbeamten und Beiziehung von Gehilfen aus dem Arbeiterstande.“

Wie ein Taschenmesser knickt auf einen Wink des Unternehmertums dieser Liberalismus zusammen und pfeift auf den gründlichen Arbeiterschutz, weil er sich eben als eine Vertretung der Unternehmerschaft fühlt. Nur vor den Wahlen, wenn er auf die Stimmen der Arbeiter spekuliert, da blödet er in den süßesten Tönen der Arbeiterfreundlichkeit.

Gegen das Prozentunwesen bei Arbeiterkonsumvereinen. Das Prozentunwesen und die Dividendenjagd haben in einer großen Anzahl sächsischer Konsumvereine eigenartige Blüten getrieben; wurde doch auf dem kürzlich in Chemnitz abgehaltenen Verbandstag sächsischer Konsumvereine festgestellt, daß in kleineren und mittleren Vereinen bis zu 23 Prozent Dividende gezahlt werden, und daß, wenn in einem Orte mehrere Vereine bestehen, diese gegenseitig die Dividende in die Höhe treiben. Solches Verfahren wurde scharf verurteilt und ein Antrag angenommen, der verlangt, „daß in Bezirken, in denen das Prozentunwesen ein besonders hohes ist, sich die Vereine auf einen normalen Prozentsatz einigen“ sollen. Ein Anfang, diesen Antrag in die Tat umzusetzen, ist nun im Olsnitzer Kohlenbezirk gemacht worden. Es fanden sich die Vertreter der Konsumvereine und Produktverteilungsvereine der Ortschaften Lichtenstein, Bernsdorf, Heinrichsdorf, Oberlungwitz, Hohenstein, Olsnitz i. G., Gersdorf, Lugau, Erlbach, Niederwürschitz und Hohnsdorf zu einer Sitzung zusammen. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß eine allmähliche Herabsetzung der Dividende nötig sei. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die anwesenden Konsumvereinsvertreter erklären, mit aller Kraft in ihren Vereinen beziehungsweise Verwaltungen dahin zu wirken, daß für das gegenwärtige Geschäftsjahr eine Dividende von über 14 Prozent (!) nicht gezahlt wird. Für das folgende Geschäftsjahr soll in einer späteren Besprechung zur Dividende Stellung genommen werden.“ 14 Prozent sind wahrlich noch hoch genug!

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, den beigefügten wöchentlichen Sozialbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. August: Augsburg 15 Pf., Gießen 5 Pf.; ab 1. September: Ulm 5 Pf.

In dieser Woche ist die angekündigte Agitationschrift „Mahnruf an alle in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ zum Versand gelangt. Etwaige Nachbestellungen bitten wir uns baldmöglichst mitzuteilen. Die Broschüre ist zur Gratisverteilung bestimmt und richten wir insbesondere an die Sektionsleiter der Bürsten- und Pinselmacher, im weiteren aber auch an alle Mitglieder der Branche die Aufforderung, mit ganzem Eifer sich der Verbreitung der Broschüre und der ferneren Agitation für den Verband zu widmen.

Im Druck befindet sich eine weitere Agitationschrift: „Zur Lage der Stockarbeiter. Verhandlungen der Stockarbeiterkonferenz in Berlin am 11. und 12. Juni 1905.“ Dieselbe soll an die in der Stockindustrie beschäftigten Kollegen gratis verteilt werden und ersuchen wir, Bestellungen umgehend an uns einzusenden.

Bezüglich der auf den 15. Oktober nach Halle einberufenen Konferenz der Stellmacher erinnern wir daran, daß Anträge auf Gewährung eines Zuschusses zu den Delegationskosten bis spätestens 15. September an uns einzureichen sind. Wir verweisen diesbezüglich auf den in Nr. 29 abgedruckten Aufruf.

An die reisenden Mitglieder müssen wir das Ersuchen richten, bei Ankunft in einer Zahlstelle nicht in die Wohnung des Bevollmächtigten, sondern zur Herberge zu gehen und aus dem daselbst aufgehängten Verbandsplakat die Adresse des Auszahlers der Reiseunterstützung sowie dessen Sprechzeit zu entnehmen. Die Klagen der Bevollmächtigten, daß sie durch den Zulauf der Reisenden sowohl beim Hauswirt als beim Arbeitgeber geschädigt würden, mehrten sich derart, daß wir die reisenden Mitglieder dringend bitten müssen, obige Vorschrift in Zukunft strikte zu befolgen.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 115865 Georg Finkenberger, Schreiner, geb. 23. 6. 78 zu Witzwind.
 - 187806 Paul Urban, Tischler, geb. 18. 1. 78 zu Zentendorf.
 - 218282 Martin Schulze, Tischler, geb. 16. 9. 87 zu Aurich.
 - 242714 Eugen Chalou, Schreiner, geb. 15. 2. 87 zu Wrony.
 - 242719 Philipp Jilly, Schreiner, geb. 4. 11. 85 zu Wegersheim.
 - 272017 Günther Macrod, Tischler, geb. 19. 5. 52 zu Kleinbrückter.
 - 274491 Wilhelm Ripper, Schreiner, geb. 3. 12. 80 zu Ronndorf-Stuttgart, Adlerstraße 48. **Der Verbandsvorstand**

Korrespondenzen.

Ausbach. Wir machen die reisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß die Reiseunterstützung von jetzt ab bei Kollegen Fleischmann, Restauration „Zum Storch“, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr ausbezahlt wird.

Diebrich. Herrliche, idyllische Zustände! Ein wahres Eldorado für Schreinergehilfen ist die seit Februar gegründete

Bauschreineri und „Holzarchitektur“ von Stadler in Betrieb. Dieser Schreinermeister, welcher bis zu Anfang seines Geschäftes bei der Firma Gail als Werkmeister tätig war und sich in dieser Stellung mit seinen Arbeitern ausnahmsweise gut zu halten wußte und auch von diesen als humaner und rechtlich denkender Mann bezüglich der Lohnverhältnisse geachtet wurde, hat sich seitdem zu einem weniger angenehmen Unternehmer entwickelt. Die Arbeitsverhältnisse im Stadlerschen Betrieb sind denn recht ungünstige. Dabei wird den Kollegen die Schaffung besserer Verhältnisse geradezu unmöglich gemacht, indem zwei Kollegen dem Herrn Stadler die Stange halten und ihm alles aus der Werkstätte wieder hinterbringen. Diese beiden Auckkollegen machen nun überstunden und Sonntagsarbeit nach Noten. Sie werden dafür von der Frau Meisterin auch mit Bier, Butter und Käse regaliert. Wahlgelt! Wenn die Kollegen Viebrichs sich etwas mehr um ihre Verhandlungsinteressen kümmern, wird es uns bald gelingen, auch in dem Stadlerschen Betrieb einmal gründlich aufzuräumen. Vorläufig ersuchen wir die reisenden Kollegen, die Werkstätte von Stadler zu meiden.

Ensfirchen. Netze Zustände herrschen bei der Firma Jakob Schmitt, Holzbearbeitungsfabrik. Während sich anfangs dieses Jahres die Firma bereit erklärte, die Arbeitszeit zu verkürzen, sucht man jetzt durch Überstundenschufterei das Versäumte nachzuholen. Auch die Behandlung der dort beschäftigten Arbeiter, insbesondere der organisierten Kollegen, läßt viel zu wünschen übrig. Namentlich tut sich ein früheres Verbandsmitglied, das inzwischen den Rang eines Zureiherers erlangt, hierin hervor. Es ist traurig, daß es heutzutage noch solche Auckkollegen gibt. Pflicht der dort beschäftigten Kollegen ist es, solchen Leuten energisch auf die Finger zu klopfen. Auch für diese Leute wird schon die Stunde schlagen, wo sie den wohlverdienten Fußtritt erhalten. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Haltet fest zur Organisation, dann werden auch solche erbärmlichen Zustände mit der Zeit verschwinden.

Forchheim. Am 22. Juli fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Stein über die Lage der Holzarbeiter im allgemeinen sprach. Redner beleuchtete die Organisationsverhältnisse und die Vorteile vom Jahr 1904. Die Verhältnisse könnten noch viel bessere sein, wenn die Kollegen samt und sonders organisiert wären; oft genug gingen die Vorteile dadurch wieder verloren. Besonders die Forchheimer Kollegen in den hiesigen Werkstätten glauben es nicht notwendig zu haben, sich zu organisieren, aber auch hier wird die Reue einmal zu spät kommen. Die Löhne sind im allgemeinen viel zu niedrig, im Durchschnitt kaum über 15 Mk., das ist bei den örtlichen Verhältnissen viel zu wenig. Wenn hier nicht ein Fortschritt gemacht werden kann, dann sind die Kollegen daran schuld, die nicht zur Organisation gehen. Sind denn die Kollegen blind, sehen sie denn nicht, was das Unternehmertum plant, gehen denn die Gewaltmaßregeln, die Ausparierungen alle spurlos an den Kollegen vorüber. Die Interessen sind doch in der Werkstätte die gleichen; wenn es die Kollegen ehrlich meinen, dann haben sich alle anzuschließen, und wollen wir hoffen, daß sie bald zur Einsicht kommen.

Kahl. In der am 22. Juli stattgefundenen Versammlung, zu welcher sämtliche Organisationen einschließlich des Gewerkevereins (Hirsch-Düncker) eingeladen waren, referierte Kollege Papp über den Kölner Gewerkschaftskongress. Einleitend wies Redner auf den Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisationen hin. Auf den Kongress eingehend, behandelte Redner ausführlich die gefaßten Resolutions- und Beschlüsse über die verschiedenen Punkte, wie „Zentralarbeitersekretariat“ und seine Einrichtung zwecks Beihilfe im Versicherungswesen, das Genossenschaftswesen und seine künftige Stellung als Kampfesinstrument im Kampfe mit dem Kapital, über Arbeits- oder Arbeiterkammern, Generalstreik. Diesem eine Taktik zugrunde zu legen, hält Redner für nicht vorteilhaft, da bei einer etwaigen Bedrohung des Wahlrechts oder sonstiger Volksrechte nur die impulsive überwältigende Erhebung der Massen von Einfluß sein kann. Nach Erörterung der Materie kommt Redner zu den Schlussfolgerungen, daß der Kölner Kongress seine Schuldigkeit getan hat, daß seine Beschlüsse in allen Teilen darauf hinführen, die Gewerkschaften auszubauen und vorwärts zu bringen, um in gemeinsamer Arbeit mit der Partei zu wirken zum Segen der arbeitenden Klasse. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Die verschiedenen Redner erklärten sich mit der Haltung des Kongresses einverstanden. In seinem Schlusswort wies der Referent an der Hand der fortschreitenden Bewegung unseres Holzarbeiterverbandes in seinen Kämpfen und der anwachsenden Mitgliederzahl nach, daß die Gewerkschaften nach wie vor auf dem Posten sind, und der Ausdruck: „die Gewerkschaften brauchen Zeit der Ruhe“ nicht im mindesten zutrifft. Nach einer anregenden Aufforderung des Vorsitzenden, daß auch die noch fernstehenden sich aufrufen und miteintreten in die Reihen unserer Organisation zum Zwecke der Erstämpfung geordneter Menschenrechte, fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Stuttgart. Die am 29. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung der Maschinenarbeiterkonferenz nahm Stellung zu einer Maschinenarbeiterkonferenz für die in Betracht kommenden Zahlstellen. Sämtliche Kollegen sprachen sich für Abhaltung derselben aus, trotzdem einzelne Verbandsvorstandsmitglieder außerhalb unserer Versammlungen von der Unannehmlichkeit derselben sprechen und die Behauptung aufstellen, daß in Norddeutschland nur Schreiner an der Maschine arbeiten. Auch dies bestritten die Kollegen nicht, daß Gegendern oder Städte vorhanden wären, wo nur Schreiner an der Maschine beschäftigt werden, aber eine ganze Reihe von Städten in Norddeutschland sind den Kollegen bekannt, wo nur in ganz wenigen Fällen einzelne Schreiner an der Maschine arbeiten, deshalb diese Ansichten für die gesamten Maschinenarbeiter nicht stichhaltig sein können. Wie einzelne Zahlstellen sich eines Besseren bewußt sind, beweist uns die Zahlstelle Kiel, welche nach dem Bescheid des „Zimmerer“ dafür eintrat, daß für Maschinenarbeiter, welche zwei Jahre an der Maschine arbeiten (keine gelernte Tischler) als gelernte qualifizierte Maschinenarbeiter angesehen werden, ein Minimallohn von 58 Pf. gefordert wird, für Schreiner ein solcher von 55 Pf. Über diesen Punkt wurde lebhaft debattiert, speziell wegen eines Ausspruchs eines früheren Verbandsmitglieds hiesiger Zahlstelle, das anläßlich der letzten Bauschreinerbewegung sich äußerte, der Maschinenarbeiter brauche nicht mehr verdienen.

Betreffs des Artikels im „Zimmerer“ fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung der Maschinenarbeiterkonferenz des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Stuttgart, protestiert energisch gegen den Artikel „Kollision mit dem Holzarbeiterverband“, enthalten im Organ der Zimmerer Nr. 26 dieses Jahres, in dem von unqualifizierten Arbeitern an den Holzbearbeitungsmaschinen gesprochen wird. Nicht die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes oder vielmehr die im Artikel bezeichneten unqualifizierten Arbeiter sind es, die die Kollision wachrufen, sondern, wie der Artikel selbst beweist, das Organ der Zimmerer. Auf solche Weise wird die Solidarität nicht gefördert, sondern die Kluft zwischen den Tischlern, den qualifizierten wie unqualifizierten Maschinenarbeitern und den Zimmerern erweitert.“

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

- Zugzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern** nach Alfeld, Anklam (W. Oldenburg), Breslau, Bochum (Wiedmann), Bunzlau (Reitner junior), Cöln (Deußen Söhne), Danzig (G. & E. Köbner), Düsseldorf, Eisenach (Sehstern und Fensterfabrik), Falkenstein, Finsterwalde, Fischbach in Saunus (F. G. Schmitt), Flensburg (Schiffswerft), Friedland i. Schlesien, Geesthacht, Gelsenkirchen, Gera, Gertorf (G. Mitzel und G. Suh), Goslar a. Harz (Fr. Wagener), Griesheim bei Frankfurt a. M., Halberstadt (Wulfert), Schw. Hall, Halle a. S., Harzburg, Hof (Sithe), Landsküt, Langensfeld bei Hamburg (Zimmermeister Schröder), Liegnitz (Tich), Lissa, Lüdenscheid (W. Schütte), Meerane (Schubel), Oberkunnerdorf (Wolfs), Offenbach a. M. (Schlapp), Prieß, Regensburg, Wald, (F. Hammacher Söhne), Wanne, Schweiz, Schweden;
 - Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern** nach Dresden (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Schw. Hall;
 - Modelltischlern** nach Berlin, Kalk bei Cöln (P. Koch), Schweden;
 - Tischlern und Stellmachern** nach Dessau (Waggonfabrik), Dortmund, Hamburg (Wagenfabrik Falkenried), Weimar (Alt.-Ges. für Eisenbahn- und Militärbedarf);
 - Tischlern auf photographische Apparate** nach Rabenau Kolbe & Schulte;
 - Stuhlmachern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern** nach Lahr (W. Ringwald, Werberstraße 48), Willingen (Rintwald);
 - Stellmachern** nach Gelsenkirchen, Graubenz, Leipzig, Prenzlau;
 - Drechslern** nach Verna (Mückert);
 - Stoßdrechslern** nach Hamburg;
 - Musikinstrumentenarbeitern** nach Bamberg (F. C. Neupert), Johanneorgenstadt (M. Grunert), Leipzig (Wettlichneider), Liegnitz (A. Freitag);
 - Barfettlegern** nach Nürnberg (Wolfer); Stettin (Rahmlow);
 - Korbmachern** nach Celle (Gebrüder Kohnmann), Liegnitz (Konegny), Lübeck (F. Oldenburg), Markranstädt (Schindler), Nürnberg (Ferd. Althoff), Oranienburg;
 - Birtenmachern** nach Berlin (Schächter), Heidelberg (Gallus Mahler);
 - Bautenmacher** nach Cottbus.

In Alfeld legten bekanntlich die Tischler die Arbeit nieder wegen Nichtanerkennung unseres Tarifs. Gefordert wurde 1. die neunzehnstündige Arbeitszeit, 2. ein Durchschnittslohn von 20 Mk., die bisher 20 Mk. oder darüber betrug, 3. ein Gehalt für Überstunden von 1,50 Mk. pro Woche, 4. für Überstunden Lohn nach Übereinkunft, 5. Kost und Logis beim Meister wird nicht mehr gestattet usw. Wenn auch unsere Forderungen so niedrig gehalten waren, so lehnten es die Meister doch ab, mit uns in eine Unterhandlung einzutreten. Wies doch ein sehr beliebter Meister die Lohnkommission scharf ab mit dem Bemerkten, er wolle mit seinen Leuten sprechen, wenn sie wieder zu den alten Bedingungen anfangen wollten, aber mit einer Lohnkommission nicht. Dieser Meister sitzt gerade in der größten Patsche, da er weder Lehrlinge noch Arbeitswillige hat und sein Betrieb vollständig ruht. Noch sei bemerkt, daß einige Meister den Gesellen bei der Arbeitsniederlegung erklärt haben, wenn sie dem Innungsbeschluss nicht folgen müßten, würden sie gern bewilligen. Die Meister werden schon etwas uneinig untereinander, wir sind desto einiger. Bewilligt ist in zwei Betrieben mit zusammen acht Mann. Wenn uns die reisenden Kollegen unterstützen und den Zugzug fernhalten, so ist uns der Sieg sicher, da die Geschäftskonjunktur eine sehr günstige ist.

In Annen ist die Modellschreineri von Buchtenfranz zu meiden wegen schlechter Behandlung der Arbeiter von seiten des Prinzipals.

In Augsburg hat die Lohnbewegung der Wagner ihren Abschluss gefunden. Am 17. Juli kam folgende Einigung mit den Unternehmern zustande: 59 stündige Arbeitszeit, jedoch Bezahlung von 60 Stunden; für die zurzeit beschäftigten Kollegen tritt ein täglicher Zuschlag von 30 Pfennig in Kraft; für Überstunden werden 25 Prozent bezahlt. Kost und Logis wird abgefasst. Die ursprünglichen Forderungen lauteten auf 58 stündige Arbeitszeit, doch waren die Gehilfen infolge Wortbruchs einiger Kollegen genötigt, eine Stunde zu opfern. — Immerhin kann der erzielte Erfolg den hiesigen Verhältnissen entsprechend als ein guter bezeichnet werden, da bei der am 3. Juli erfolgten Arbeitsniederlegung nur fünf Kollegen aus drei Werkstätten in den Streik traten, einige Kollegen eine 14tägige Kündigungsfrist hatten und mehrere andere erst sozusagen mit Gewalt oder List zum Niederlegen der Arbeit zu veranlassen waren. In einer Werkstätte wurden sämtliche Forderungen ansichtslos bewilligt und in einer waren die Gehilfen überhaupt nicht zu haben respektive nahm einer der bereits im Streik befindlichen als Streikbrecher die Arbeit wieder auf. Am 20. Juli nahmen die noch ausständigen

Kollegen in ihren alten Werkstätten die Arbeit wieder auf, mit Ausnahme von zweien, die als gemäßigter vorläufig überhaupt nicht eingestellt werden. Es gilt nun, Kollegen, das Errungene hochzuhalten. Darum, Kollegen, alle hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband.

In Bamberg dauert der Streik in der Piano- und Flügelabrik von J. C. Neupert noch fort, und sucht Herr Neupert auf alle mögliche Art und Weise Arbeiter zu bekommen. Es werden daher alle in dieser Branche beschäftigten Kollegen ersucht, den Zugzug fernzuhalten.

In Burgdam ist es in der Möbelfabrik Kruse zu Differenzen gekommen. Wir bitten um Fernhaltung des Zugzugs.

In Cöln dauert der Streik bei Deußen Söhne unverändert fort. Mehrere Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen haben bereits stattgefunden, doch haben dieselben noch zu keinem endgültigen Resultat geführt. Herr Deußen will jetzt den Stundenlohn bei Akkordarbeiten garantieren, wöchentlich auszahlen und sich den örtlichen Verhältnissen anpassen, von den 21 in den Ausstand Getretenen aber nur 5 oder 6 Mann wieder einstellen, weil die anderen bei Akkordarbeiten den Stundenlohn nicht verdienen und er sie infolgedessen nicht gebrauchen könne. Das Cölnener Gewerbegericht beschaffte sich bekanntlich auch mit dieser Angelegenheit und verurteilte die Arbeiter, ihre Arbeit fertigzustellen oder 8 Mk. als Schadenersatz an Herrn Deußen zu zahlen. Mit der Fertigstellung soll innerhalb acht Tagen begonnen werden. In dem Urteil, welches jetzt schriftlich vor uns liegt, heißt es bei Feststellung des Tatbestandes: „Die Klägerin (Deußen Söhne) lehnt es ab, den Stundenlohn zu garantieren; sie bestreitet die Angaben der Beklagten bezüglich zu niedriger Akkordsätze, meistens hätten dieselben 60 bis 75 Pf. die Stunde im Akkord verdient.“ In dem Urteil ist also festgestellt, daß Deußen vor dem Gewerbegericht behauptet hat, seine Arbeiter haben meistens 60 bis 75 Pf. die Stunde im Akkord verdient, und jetzt, wo es sich um Beilegung der Differenzen handelt, behauptet er, von den 21 in den Ausstand Getretenen nur höchstens 6 Mann wieder beschäftigen zu können, weil die anderen im Akkord ihren Stundenlohn nicht verdienen, dabei schwanken die Stundenlöhne zwischen 40 bis 60 Pf. In welche Widersprüche sich Herr Deußen verwickelt, haben wir bereits in unserem ersten Artikel festgestellt; wenn aber Herr Deußen glaubt, sich auf diese Weise an der Durchführung der Abmachungen vorbeidrücken zu können, so wird ihn unsere Organisation eines anderen belehren. Auch ist es noch in zwei anderen Betrieben zu Konflikten gekommen, und die Kollegen legen die Arbeit nieder, weil sie Arbeit für Deußen herstellen sollten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es auch noch in anderen Betrieben zu solchen kommen kann, da man uns mitgeteilt hat, daß auch noch in anderen Betrieben Arbeit für Deußen hergestellt werden soll; deshalb haltet den Zugzug fern.

In Düsseldorf hat sich die Situation, wie wir in letzter Nummer unserer Zeitung schon berichteten, nur noch verschärft. Die Düsseldorfer Unternehmer haben in der Gesamtheit noch keinen Streik kennen gelernt und glaubten nun, nach vierzehntägigem Streiken wären wir gezwungen, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Nachdem sie nun das Irrige ihrer Auffassung eingesehen haben, versuchen sie, einige unserer Kollegen wankelmütig zu machen. Zum Glück vergeblich. Jetzt, nachdem die Unternehmer eingesehen haben, daß das Streiken auch für sie eine verflucht ernste Sache ist, werden sie nervös und rufen nach der Polizei. Sie sind gleich bei der Regierung vorstellig geworden um Gewährung polizeilichen Schutzes gegen die Streikenden beziehungsweise Aussperrten. Dabei bewegen wir uns im Rahmen strengster Gesetzlichkeit, was man von den Unternehmern nicht sagen kann. Denn wenn diese sich gegenseitig durch Solawechsel in Höhe bis über 1000 Mk. zur Durchführung der Aussperrung verpflichten, kann doch von einer freien Vereinbarung im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung nicht gut gesprochen werden, vielmehr sind alle Voraussetzungen zu einer Bestrafung der Unternehmer aus § 153 dieses Gesetzes gegeben. Hier schreitet die Polizei nicht ein, wohl aber geht sie gegen die Arbeiter mit der ganzen Strenge, die das Gesetz nur zuläßt, vor. Unsere Kollegen werden sogar für Ausschreitungen und Strafenaufläufe verantwortlich gemacht, mit denen sie aber auch nicht das geringste zu tun haben. — Im übrigen artet der Kampf immer mehr zu einer Kraftprobe zwischen organisierten Unternehmern und Arbeitern aus. Ganz ohne unsere Schuld! Wir haben unsere Forderungen wohl erwogen, und die Unternehmer könnten dieselben bei einem guten Willen wohl bewilligen. Aber sie denken gar nicht daran. Und so geben sie jetzt für Inserate in auswärtigen Zeitungen zwecks Heranziehung von Arbeitswilligen mehr aus, als ihnen die von uns verlangte Lohnerhöhung an Ausgabe für ein ganzes Jahr verursacht hätte. Offenbar ist ihnen das klare Denken ganz abhanden gekommen. Wie wäre es sonst möglich, daß Männer wie Schreinermeister Werrettig, der noch vor sieben Wochen meinte, man müsse den Arbeitern entgegenkommen, jetzt auf der Suche nach Arbeitswilligen, an Kollegen unseres Verbandes schreiben kann:

Ihre Nachricht erhielt ich, wenn Sie nicht organisiert sind, bin ich gewillt, Sie einzustellen.

Hier streiken seit 1. Juli, tatsächlich nur aus Übermut, die Schreinergehilfen. Sie können sich nun denken, daß ich nur nicht organisierte Gehilfen einstellen, einige sind wieder am Arbeiten, ich denke in 14 Tagen ist alles wieder am Arbeiten, von meinen alten Leuten stelle ich aber keinen mehr ein, drum annoncierte ich außerhalb.

Daß meine Leute in meiner Werkstätte zufrieden waren, beweist wohl am besten, wenn ich Ihnen hiermit mitteile, daß ich 7 Jahre selbständig bin und Leute in meiner Werkstätte hatte, welche fast alle schon mehrere Jahre bei mir waren, einige sogar im fünften Jahre.

An Lohn zahle ich zwischen 45—52 Pf. pro Stunde, viele haben auch auf Wunsch in Akkord gearbeitet und dann durchschnittlich 60 Pf. pro Stunde verdient, meine Werkstätte wurde oft genug von seiten der Gehilfen als wirklich gut hingestellt.

An Reisevergütung bin ich gewillt, Ihnen Mk. 7,50 zu vergüten, vorlegen müssen Sie solche, oder Sie müßten mir vorher durch irgend etwas Garantie geben und wäre ich dann auch gewillt, den Betrag einzufenden. Damit Sie nun nicht durch die Streitenden belästigt werden

könnten Sie ja solange, wie der Streik noch dauert, bei mir wohnen. Sollten Sie nach hier kommen wollen, so geben Sie mir bitte auf beiliegender Karte Nachricht, auch wie Sie aussehen und gekleidet sind, damit ich Sie am Bahnhof abholen kann, damit Sie den dortstehenden Streikposten nicht in die Hände fallen, geben Sie mir auch den Zug an, womit Sie evtl. hier eintreffen. Ihrer Antwort entgegengehend, zeichne
Achtungsvoll
Ignaz Merrettig.

Damit schlägt sich doch Herr Merrettig selbst ins Gesicht in bezug auf seine Ausführungen in der Unternehmerversammlung vom 20. Juni. In der gleichen Weise wie Herr Merrettig in seinem Schreiben, erklären die Unternehmer auch in der Lokalpresse ihre Bereitwilligkeit zu Unterhandlungen. Dabei haben sie nicht nur seinerzeit die Unterhandlungen abgebrochen, und sie erklären auch jetzt noch, nur verhandeln zu wollen auf der Grundlage des von ihnen in der Sitzung vom 15. Mai Gebotenen, womit doch für uns jede Möglichkeit zu unterhandeln aufhört. Zum Glück finden sich auf alle vielerprechenden Annoncen der Unternehmer nur wenig Arbeitswillige in Düsseldorf ein, und wird der Zugang auch weiter streng ferngehalten, so werden wir auch noch den Sieg davontragen.

In Gera sind die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks der Bau- und Metallarbeiter noch zu keinem Abschluß gekommen, da zunächst die Meister an eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht heran wollten und der Lohn nur nach Leistung bezahlt werden sollte. Daß wir darauf nicht eingehen konnten, ist ganz selbstverständlich. Nun scheint aber doch eine bessere Einsicht in die Köpfe der Unternehmer gekommen zu sein, nachdem sie eingesehen haben, daß ihre Mühe, von auswärtigen Leuten zu bekommen, erfolglos war, indem bei der Verhandlung am 1. August die 57stündige Arbeitszeit bewilligt wurde. Nun handelt es sich hauptsächlich noch um die Erhöhung des Lohnes; hier erklärten die Herren, nur nach Leistung bezahlen zu können; als sie aber doch einsehen mußten, daß wir zunächst energisch auf unserer Forderung beharren, und die Löhne hier derartig schlecht sind, daß eine Familie dabei nicht bestehen kann, so wurden auch hier Zugeständnisse gemacht, so daß jedenfalls im Laufe dieser Woche der Streit beigelegt wird. Wir ersuchen aber die Kollegen, den Zugang noch weiter fernzuhalten, damit nicht in letzter Stunde unsere Hoffnungen noch zunichte werden.

In Halle a. S. hat am 2. August die Schlichtungskommission in einer Sitzung, an welcher auch je ein Vertreter der Vorstände des Schutzverbandes und des Holzarbeiterverbandes teilgenommen haben, über die bestehenden Differenzen verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlung war ein völlig negatives. Deswegen ergeht hiermit wiederholt an alle Kollegen das Ersuchen, den Zugang von hier strengstens fernzuhalten.

In Heilbronn wurde am 31. Juli in Abwesenheit des Gauvorsitzenden Raub in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung die hiesige Lohnbewegung behandelt. Nach einem Vorschlag des Gauvorsitzenden wurde beschlossen, die von der Schreiner-Innung genehmigten Forderungen anzunehmen und die Punkte Minimallohn und Garantierung des Stundenlohnes bei Akkordarbeit bei geeigneter Zeit wieder zur Forderung zu erheben. Erwähnen wollen wir noch, daß in sechs Werkstätten unsere gestellten Forderungen eingeführt sind, und nur der Hartnäckigkeit eines einzelnen Meisters ist es zuzuschreiben, daß die übrigen Meister von unseren Forderungen die erwähnten Punkte ablehnten; diese Firma heißt Dauer, und wir möchten jedem zureisenden Kollegen dieselbe empfehlen. Die Behandlungsweise, die den Arbeitern in diesem Geschäft zuteil wird, haben dieselben sich selbst zuzuschreiben, weil sie sich um die Organisation trotz wiederholter Einladung gar nicht bekümmern. Scharf getadelt wurde das Benehmen der dort beschäftigten Arbeiter und das nichtkollegialische Verhalten gegen unseren Verband.

In Hildesheim legten am 5. August bei der Firma Felder circa 35 Schreiner und Maschinenarbeiter die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

In Jähr sind die Differenzen bei der Firma B. Ringwald, Werderstraße 48, Stuhlfabrik, noch nicht beigelegt. Die Firma will jetzt Soldaten beschäftigen, um die Arbeitsüberhäufung zu verhüten, wir werden aber dafür sorgen, daß sie ihren Zweck nicht erreicht. Wenn die Kollegen auch weiter wie bisher zusammenhalten, wird die Firma bald nachgeben müssen. Zugang ist fernzuhalten.

In Landsht sind einige Wochen verfloßen, seit wir unsere Lohnbewegung durchgeführt haben. Aber trotz der guten Organisation an hiesigem Orte war es uns leider nicht möglich, in einigen Betrieben unsere Forderungen durchzuführen, und ist über nachstehende Betriebe die Sperre verhängt: Reichwein, Fischer, Weiß, Fuchs, Lippert und Sebastian Bayer. Auch bei Schreinermeister Stückenberger, welcher unseren Tarif unterschrieben hat, sind in neuester Zeit Differenzen ausgebrochen. Derselbe hat der Lohnkommission, welche bei ihm vorstellig wurde, geantwortet, sie ginge ihn nichts an, sie sei ihm so viel wie ein kleines Kind. Daraufhin haben unsere dort beschäftigten Kollegen die Arbeit niedergelegt. Herr Stückenberger hat geäußert, er bekomme Leute genug. Auch Schreinermeister Wimmer meint die Verbandskollegen schikanieren zu dürfen. Auch dort haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Schreinermeister Wimmer ist der Meinung wie Stückenberger, er bekomme Leute, doch das ist weit gefehlt, trotzdem Schreinermeister Wimmer vis-a-vis dem Gewerkschaftslokal wohnt, wird er keine Gehilfen erhalten. Den reisenden Kollegen möchten wir ans Herz legen, den Zugang streng wie bisher fernzuhalten, das Umsichgehen gänzlich zu unterlassen und den Arbeitsnachweis fleißiger zu benutzen. Derselbe befindet sich im Gewerkschaftslokal. Den Kollegen an hiesigem Orte rufen wir zu, fleißig an dem Ausbau der Organisation weiterzuarbeiten, damit wir auch in diesen Betrieben unsere Forderungen durchführen können.

In Leipzig sind die aus dem Vertragsbruch des Dr. Stoll, ehemaligen Vorsitzenden des Arbeiterschutzes, entstandenen Differenzen der Holzarbeiter mit dem Unternehmertum nach viermonatiger Dauer durch Verhandlungen beigelegt worden. Die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises wurde unsererseits während der Vertragsdauer zurückgestellt, nachdem der Arbeiterschutzesverband durch folgende schriftliche Zusicherungen uns weitere Garantien für den Vertrag bereitstellte: 1. Da Dr. Stoll nicht mehr Mitglied des Arbeit-

schutzesverbandes ist, kann er erst wieder aufgenommen werden, wenn in seinem Betrieb der Vertrag erfüllt wird. 2. Der Arbeitsnachweis des Arbeiterschutzesverbandes ist gehalten, Arbeitskräfte nur an vertragstreue Firmen zu vermitteln, das heißt soweit für dieselben ihrer Betriebsart nach der Vertrag als verbindlich zu betrachten ist. 3. Je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer der Schlichtungskommission oder auch je ein Mitglied der vertragsschließenden Parteien bilden den ständigen Ausschuss zur Kontrolle der Geschäftsführung des Arbeitsnachweises, welcher auf Antrag allmonatlich zusammentritt. In dringenden Fällen sind nach persönlicher Verständigung der Vorsitzenden Ausnahmen zulässig. Die Kollegen erklärten sich mit diesem Ergebnis der Verhandlungen einverstanden. Der Fall Stoll mußte nach der jetzt gestalteten Situation ausscheiden, und zwar weil dieser Herr es vorzog, den Konsequenzen seiner Handlungsweise sich durch Austritt aus der Organisation zu entziehen. Der resultatlose Verlauf dieses Abwehrkampfes ist vor allen Dingen dem traurigen Verhalten eines Teiles der Hirsch-Dunderschen zu danken. Diese Leute hatten schon seit längerer Zeit dem Unternehmer ihre Dienste wieder angeboten und warteten sie die erste Gelegenheit ab, um wieder in den Betrieb hineinschlüpfen zu können. Dieser Streikbruch und das weitere Verhalten der Leitung der Hirsch-Dunderschen Organisation haben die Erfolglosigkeit dieses Kampfes beigelegt. Wir werden auf diese Vorgänge später nochmals zurückkommen. Die „gebührende Achtung“ hat sich diese Gesellschaft dadurch bei den Leipziger Holzarbeitern errungen. Bezüglich der Arbeitsvermittlung werden unsere reisenden Kollegen verpflichtet, den Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen. Es wird des öfteren bemerkt, daß zugereiste Kollegen noch die Reiselegitimation in der Tasche haben, aber trotzdem schon den Arbeitsnachweis der Unternehmer benutzt haben; ein derartiges Verhalten ist geradezu ungehörig und führt nicht dazu, dem Verbandsarbeitsnachweis den nötigen Einfluß zu verschaffen. Der Arbeitsnachweis des Verbandes befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße 9/11.

Die Gummidrechsler sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern die neunstündige Arbeitszeit und Anerkennung eines Tarifs. Neue Arbeiten sollen nach der Höhe des Durchschnittsverdienstes von einer Fabriklohnkommission taxiert, nichttaxierte Arbeiten in Stundenlohn hergesteilt werden. Der Minimalstundenlohn für Drechsler bis zum Alter von 20 Jahren und für Schleifer und Polierer, die der Branche noch nicht ein Jahr angehören, beträgt 45 Pf., für Drechsler über 20 Jahren und für geübte Schleifer 50 Pf. Auf alle Stundenlöhne von 46 Pf. an aufwärts sind pro Stunde 5 Pf. Zuschlag zu gewähren und anderes. — Die Antwort der Arbeitgeber wird bis 11. August erwartet und werden dann die Gummidrechsler zwecks Einleitung weiterer Maßnahmen zur Durchführung ihrer Forderungen weiterhin Stellung nehmen, falls die Antwort der Unternehmer eine ablehnende sein sollte. In der Diskussion zu diesen Forderungen in der Versammlung am 3. August wurde besonders hervorgehoben, daß diese Lohnbewegung die erste Angriffsbewegung der Gummidrechsler Deutschlands ist; bisher hatten sich dieselben — und zwar meist ohne Erfolg — zu wehren gegen die reaktionären Maßnahmen ihrer Unternehmer. Wie es gerade dieses Unternehmertum verstanden hat, die Akkordpreise der einzelnen Artikel zu reduzieren, geht wohl zur Genüge daraus hervor, daß die Akkordsätze um 25 bis 70 Prozent gegen früher sich verschlechtert haben, so daß die Gummidrechsler Leipzigs heute an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Eigentlich bedeutet der aufgestellte Akkordtarif nur eine Regelung der bisher bestehenden, sehr voneinander abweichenden Akkordpreise der einzelnen Leipziger Firmen. Die Organisationsleitung sieht in der Abschließung eines Vertrags mit den einzelnen Arbeitgebern auf eine bestimmte Zeitdauer eine bessere Garantie, daß gegebenenfalls die getroffenen Abmachungen auch in der Folgezeit eingehalten werden. Die Situation ist für das Vorhaben dieser Kollegen eine äußerst günstige, so daß diese Bewegung nicht von langer Dauer sein dürfte. In Betracht kommen circa 100 Kollegen, von denen 92 organisiert sind. Wir richten daher in Anbetracht der weittragenden Bedeutung dieser Bewegung an die Kollegen Deutschlands das Ersuchen, einen jeden Zugang von Drechslern (auch von der Holzbranche), Schleifern und Polierern der Hartgummibranche nach Leipzig unbedingt zu vermeiden.

In Limbach ist die Lohnbewegung der Tischler mit einem Erfolg der Kollegen beendet worden. Sie erreichten 3 Pf. Zuschlag auf die Stundenlöhne, 5 Pf. für Überstunden- und Sonntagsarbeit, 5 Prozent Zuschlag auf die bisher gezahlten Akkordlöhne, die 60stündige Arbeitszeit; des weiteren am 1. April 1906 einen weiteren Zuschlag von 2 Pf. pro Stunde, von 5 Pf. für Überstunden- und Sonntagsarbeit und 5 Prozent Zuschlag auf die Akkordlöhne, ferner die 59stündige wöchentliche Arbeitszeit. — Kollegen Limbachs, es liegt nun an euch, ob diese Errungenschaften durchgeführt und hochgehalten werden. Halten alle Kollegen treu zum Verband und tun sie auch innerhalb des Verbandes ihre Schuldbigkeit, so wird es uns leicht gelingen, das Errungene zu behaupten und weiter vorwärts zu kommen, und wir brauchen nicht wieder 16 Jahre auf eine Besserung zu warten wie bisher. Arbeitet fleißig in der Organisation, und es wird auch weiter vorwärts gehen.

In Mühlhausen i. Th. beabsichtigen die Holzarbeiter in eine Lohnbewegung einzutreten. Obwohl nun infolge der hier bestehenden schlechten Lohnverhältnisse nicht allzu viel Zugang zu befürchten ist, bitten wir die auswärtigen Kollegen doch, dies zu beachten.

In Niedernschönberg waren den Kollegen der Firma Härtwig & Künzel Differenzen der Verwaltung gemeldet worden, welche diese zu einer Notiz in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veranlaßte. Diese gab der Firma Anlaß zur Einbringung einer „Berichtigung“, und da diese schon in der Chemnitzer „Volkstimme“ Aufnahme gefunden hatte, sahen sich die Kollegen zu einer „Gegenberichtigung“ genötigt. Durch den Gauvorsitzer fand alsdann eine Untersuchung und Verhandlung statt, wobei festgestellt wurde, daß die vorhandenen Streitpunkte wohl eine Kritik, nicht aber die Verhängung der Sperre rechtfertigten. Dieselben wurden geschlichtet, und beide Parteien zogen ihre „Berichtigungen“ zurück, damit hat sich auch die über diesen Betrieb verhängte Sperre erledigt.

In Offenbach a. M. sind bei der Firma Schlapp, Spezialgeschäft für Auszieh- und Friesische sowie Sofa-gestelle, Differenzen ausgebrochen. Wir bitten um Fernhaltung des Zugangs.

In Teterow ist die Lohnbewegung nunmehr auch mit Erfolg beendet. Im Streit befanden sich nur die Kollegen bei Tischlermeister Schwarz. Dieselben erhielten eine Erhöhung des Lohnes von seither 16 Mk. auf 17,40 Mk. respektive 18 Mk. bewilligt, worauf am letzten Freitag die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

In Thorn traten am 10. Juli die Kollegen in den Streit; trotzdem sie 14 Tage vorher kündigten und dreimal verhandelten, war es nicht möglich, mit den Meistern eine Einigung zu erzielen. Der Obermeister, einer mit Nahrungsmitteln geimpfter Künstler, meinte: „Streiten Sie nur ruhig, ich halte aus.“ Alle seine Bemühungen, Arbeitswillige heranzuziehen, scheiterten aber, und so mußten die Herren nach einem achtstägigen Streit gute Miene zum bösen Spiel machen und bewilligten alles, was verlangt wurde. Ein Beweis, daß die hiesige Zahlstelle es dank der Organisation verstand, das zu erzielen, was die Hirsch-Dunderschen in 36-jähriger Wirtschaft versäumt. Ein interessanter Fall passierte bei der letzten Verhandlung mit den Meistern. Herr Hinz vom Gewerbeverein hatte die drei Hirsche, die an der Bewegung beteiligt waren, zu verteidigen, ist aber mit seiner ganzen Schlaueit, die er an den Tag legte, mächtig hineingefallen. Die Meister kritisierten sein Verhalten, indem sie sich sagten, so etwas hätten sie von dem Gewerbeverein doch nicht erwartet. Herr Hinz sollte sich ein Beispiel an den Verhandlern nehmen, die hier sachlich und ruhig verhandelten. Das war für Herrn Hinz doch zu viel, und so verstümmte seine Verteidigung, und wir hatten den Tarif auch hierbei bewilligt erhalten. Wir erhielten unter anderem die zehnstündige Arbeitszeit, einen Minimallohn von 30 Pf. pro Stunde, einen Zuschlag von 8 Pf. pro Stunde, für Überstunden von 10 Pf. pro Stunde, bei Nacht- und Sonntagsarbeit den doppelten Lohn. Nun, Kollegen, ist es eure Pflicht, das Erroberte festzuhalten. Niemand glaube, jetzt hätten wir erreicht, was wir brauchten. Desto eifriger müssen wir auf dem Posten sein und für den Ausbau der Zahlstelle sorgen, damit wir das Errungene uns nicht nehmen lassen.

In Wegefeld hatten unsere Kollegen gemeinsam mit den Kollegen in Burgdamme den Unternehmern Forderungen unterbreitet. Unter anderem verlangten sie die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Abschaffung von Kost und Logis, einen Minimallohn von 35 Pf. pro Stunde, für diejenigen Gesellen, welche unter 40 Pf. pro Stunde verdienen, 3 Pf., für die, welche über 40 Pf. verdienen, 2 Pf. Zuschlag pro Stunde, für Überstundenarbeit einen Zuschlag von 10 Pf. und für Nacht- und Sonntagsarbeit von 20 Pf. pro Stunde. Am 19. Juli kam es zu einer Einigung mit der Innung, wonach uns die 10stündige Arbeitszeit und ein Durchschnittslohn von 40 Pf. zugestanden wurde. Alle anderen Forderungen wurden uns bewilligt, die Regelung des Kost- und Logiswesens wurde den Arbeitern überlassen. Die Errungenschaften sind nicht bedeutend, doch können wir vorderhand damit zufrieden sein. Nun ist es Pflicht aller Kollegen, auch der hier zureisenden, die getroffenen Vereinbarungen auch hochzuhalten.

Zu der Schweiz sind die Lohnbewegungen noch im vollen Gange. In Bern dauert der Streit der Schreiner bereits über 22 Wochen, in Basel ist nach einem 8 Wochen langen Kampfe ein Stieg für die Holzarbeiter errungen worden, jedoch ist über eine Anzahl Betriebe, welche die Forderungen noch nicht unterschrieben haben, die Sperre verhängt worden; in Zürich muß der Kampf für den neunstündigen Tag weitergeführt werden, indem die dem Schreinermeisterverein angehörenden Schreinermeister, die ihre Arbeiter ausgeperrt haben und den neunstündigen Tag nicht bewilligt haben, noch eine ansehnliche Zahl bilden. In Kirchberg, Murgenthal und Rothrist sind die Korbmacher in eine Lohnbewegung getreten, und somit soll der Zugang von Korbmachern ferngehalten werden.

Nicht noch anderen Orten sollen die Plätze Bern, Basel und Zürich vermieden werden für Schreiner, Anschläger und Maschinisten. Die über die ganze Schweiz verhängte Sperre ist aufgehoben worden, und alle in der Schweiz reisenden Kollegen sind aufgefordert, von obenstehendem Notiz zu nehmen.

In Zürich sind nunmehr auch die Glaser in eine Lohnbewegung eingetreten. Zugang von Glasern dahin ist deshalb fernzuhalten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Holzindustrie und die Handelsverträge.

Eine sächsische Unternehmerorganisation hat bei den bedeutendsten sächsischen Industrieunternehmungen angefragt, welche Wirkungen sich dieselben von den neuen Handelsverträgen verprechen. Es sind auf diese Anfrage zahlreiche Antworten eingelaufen, die fast alle ungünstig lauten. Allgemein ist in der Industrie die Unzufriedenheit über diese Handelsverträge, die mehr schaden als nützen. Von 283 befragten Firmen versprechen sich ganze 8 von den Handelsverträgen Vorteile für die deutsche Industrie, zum Teil aber auch nur unter bestimmten Voraussetzungen. 275 Firmen stehen dagegen den Handelsverträgen pessimistisch gegenüber, sie erwarten nur Nachteile, keine Förderung und kein Aufblühen der Industrie. Wir wollen aus dieser Enquete nur anführen, was auf die Holzindustrie Bezug hat: Die Pianoforteindustrie sieht ihr „großes Absatzgebiet Österreich-Ungarn und auch die Schweiz durch den neuen Eingangszoll vollständig verschlossen“. Weiter sei die Pianoindustrie dadurch sehr geschädigt, daß ihr die Rohmaterialien, die sie aus dem Auslande beziehen muß, in erster Linie Zonhölzer, die es in Deutschland überhaupt nicht gibt, durch hohe Eingangszölle verteuert worden sind. Für diese Wirtschaftspolitik „gehe ihr jedes Verständnis ab“. Die Musikwerke (Betriebe, die mechanische Musikwerke herstellen) sehen durch die bedeutende Erhöhung der Zölle in Rumänien und Serbien „das Ende des Exportes“ drohen „überhaupt gekommen“; sie hoffen nun als Ersatz hierfür auf eine Herabsetzung der jetzt sehr hohen Zölle in den Vereinigten Staaten und in Zentral- und Südamerika, damit dorthin exportiert werden könne.

Die Harmonikfabrikation befürchtet vom öster- reichischen Handelsvertrag eine wesentliche Schädigung der sächsischen Industrie.

Die Industrie der photographischen Apparate er- wartet „wenig Gutes“, wesentliche Beeinträchtigung ihrer Interessen“ und „das Entstehen neuer Schwierigkeiten“.

Aus der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe kommen, mit einer einzigen Ausnahme, nichts als Klagen. Die Stuhl-, Sofa-, Möbel-, Parkett- und Wagenbau- fabrikanten, die Säge- und Hobelwerke befürchten alle mehr oder weniger Nachteil. Nur eine Holzwarenmanufaktur verspricht sich „in gewisser Beziehung sowohl eine Förde- rung des Exports als auch ein Aufblühen unserer heimischen Industrie“.

Wir haben bei Beratung des Zolltariffs sowohl als der Handelsverträge immer auf diese Gefahren der agrarischen Handelspolitik hingewiesen. Die Industrie hat ja aber nichts anderes gewollt, sonst hätte sie mit der gleichen Entschieden- heit, wie es die Arbeiterchaft getan, den Zollwucher bekämpft. So hat sie, aus Furcht vor der Sozialdemokratie, die reaktionären Parteien unterstützt und sich damit selbst eine Rute auf den Rücken gebunden. Die unangenehmen Folgen ihrer Scharfmacherei zeigen sich nun in den der Industrie schäd- lichen Handelsverträgen. Ein alter Spruch sagt: Vorgetan und nachgedacht, hat manchen in groß Leid gebracht!

Im Deutschen Holzarbeiter, „Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes Deutschlands“, macht der christliche „Agitator“ Rödlach aus Ulm folgende Bemerkung über die Versammlung am 23. Juni in Markt-Redwitz: 1. Es soll die Versammlung eine geschlossene gewesen sein, dann darf man doch nicht öffentlich einladen. 2. In der Diskussion hätte ich darauf hingewiesen, daß eine Einigung in der Ge- werkschaftsbewegung leicht möglich wäre, und brauchte man bei Lohnbewegungen und Versammlungen nur einen Ver- treter zu senden. Daß der junge Mann seine Agitationstour durch Entstellungen schmückte, ist echt christlich. Ich habe erwidert, wenn es die Christlichen mit der Hebung der Arbeiterklasse ehrlich meinen, dann brauche man nicht die Religion in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen und dadurch Zerspaltung zu treiben, dann ist es nicht not- wendig, daß bei jeder Gelegenheit zwei Referenten auf dem Platze erscheinen, das Geld könnte allerdings erspart werden und käme den Arbeitern zugute. Das Unternehmertum kennt keinen Unterschied in der Parteistellung, Religion oder sonstigen Anschauungen, wozu soll sich deshalb der Arbeiter bei Vertretung seiner Interessen mit derartigen Dingen herumalgen. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden in Zukunft, wenn sie von Erfolg begleitet sein sollen, die Kluft zweier Weltanschauungen, wie mit Pathos von den Christlichen immer gesagt wird, von selbst überbrücken. Was können denn die 8800 christlichen Holzarbeiter in Deutsch- land ausrichten? „Nichts“, vielleicht in einzelnen Werkstätten das nachholen, was die Kollegen vom Deutschen Holzarbeiter- verband schon längst erreicht haben. Bahnbrechend ist der Deutsche Holzarbeiterverband vorgegangen und wird es in Zukunft tun. Nachdem aber die Christlichen ihre Organi- sation ganz nach der unseren richteten, fast die gleichen Bei- träge leisteten oder durch die Kämpfe noch zu leisten gezwungen werden, sollte man meinen, daß dies auch den Christlichen einleuchten müßte. Weiter wird behauptet, ich hätte Neu- tralität geheuchelt; dazu hatte ich keine Veranlassung, sondern ich sagte nur, wenn man uns sozialdemokratisch nenne, sei dies nichts Neues; wenn die früher Sozialdemokraten seien, sei es noch lange nicht bewiesen, daß es alle Mitglieder sind. Die Religion spiele in den freien Gewerkschaften keine Rolle, es könne jeder bei uns nach seiner Fasson selig werden. Anspruch auf Neutralität haben nur die Christlichen, trotz- dem die ganze Agitationstour unter der Obhut der Geistlich- keit und der Fahne der katholischen Zentrumsarbeitsvereine geleitet wurde. Aus welchem Grunde ich in Markt-Redwitz war, kann dem Herrn gleich sein, wenn er sich aber den Laler verdienen will, muß er nach Nürnberg kommen, um sich überzeugen zu lassen. Tatsache ist, daß ich schon vor den Christlichen in Redwitz Versammlungen abgehalten habe, und daß wir seit längerer Zeit Einzelmitglieder dort haben, deshalb hatte ich Veranlassung, die christliche Arbeiter- zerspaltung den Kollegen zu schildern. Wer es mit den Kollegen ehrlich meint, der zerspaltet nicht, sondern trägt in dieser schweren Zeit der vielen Kämpfe und Aussperrungen zur Einigkeit bei. Gerade in Markt-Redwitz, wo in der Maschinenfabrik Roschroß noch Modellistischerlöhne von 24 bis 27 Pf. üblich sind und im Alford höchstens 31—33 Pf. pro Stunde verdient wird, bei einer langen Arbeitszeit, ist die Arbeiterzerspaltung der christlichen Gewerkschaften am wenigsten am Platze. Um die Erfolge in Weiden, Tirschenreuth, Windischfechenbach beneiden wir die Christlichen nicht. Dies zur Nichtigstellung und Kennzeichnung der Wahrheitsliebe eines christlichen Agitators. L. Stein.

Zur Hebung der Korbwarenindustrie werden neuer- dings von der heftigen Regierung Anstrengungen gemacht. So hat jetzt Ministerialrat Noack dem Korbmacherverein in Hamm eine große Anzahl von Zeichnungen mit Anleitungen zur Herstellung der verschiedensten Korbflächereien, Weiden-, Rohr- und Grasgeflechte in Körben, Sesseln und Haus- geräten aller Arten zur genauen Orientierung zugesandt, um den Sinn für Feinschneiderei zu schärfen und die Tätigkeit der dortigen Korbmacher auf besser bezahlte Arbeit zu lenken. Die Ausstellung der Zeichnungen im Gemeindehaus war gut besucht und hat das Interesse an derartigen Vorflechten gefördert.

Gewerkschaftliches.

Revers und gute Sitten.

Der Hamburger Landrichter Dr. Matthaei führt über diese sehr wichtige Frage in der letzten Nummer der „Sozialen Praxis“ aus:

In verschiedenen Arbeitskämpfen der letzten Wochen hat wieder das Verlangen der Arbeitgeber, daß die Arbeiter durch Revers sich verpflichten, bestimmten Or- ganisationen nicht anzugehören, eine Rolle gespielt. Es ist daher angezeigt, einmal auf die rechtliche Tragweite solcher Verpflichtungen hinzuweisen. Eine Prüfung dieser Frage ergibt, daß die Wissenschaft mit einer seltenen Ein- mütigkeit diese Verpflichtungen als gegen die guten

Sitten verstoßend und daher nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für nichtig anseht. Ein Blick auf die Vorgeschichte des Bürgerlichen Gesetzbuchs zeigt, daß der erste Entwurf neben dem den guten Sitten widersprechenden Rechtsgeschäft auch das gegen die öffent- liche Ordnung verstoßende für nichtig erklären wollte; damit wollte man, wie die Motive zu § 106 des ersten Entwurfes ausführen, die Rechtsgeschäfte treffen, welche gegen die all- gemeinen Interessen des Staates verstoßen; dabei wurde namentlich auf die mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit sich in Widerspruch stehenden Verträge verwiesen. Die Be- stimmung wurde später gestrichen, weil der Begriff „öffent- liche Ordnung“ zu unbestimmt und vieldeutig ist, und die Rechtsgeschäfte, welche man im Auge hatte, auch gegen die guten Sitten verstoßen und aus diesem Grunde nichtig sind. In der Reichstagskommission wurde bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs von dem Regierungsvertreter und mehreren Kommissionsmitgliedern betont, daß Rechtsgeschäfte, die gegen die Gewerbefreiheit oder Koalitionsfreiheit verstoßen, als gegen die guten Sitten verstoßend nichtig sind. In dem gleichen Sinne führt Planck aus, daß ein Rechts- geschäft, das gegen die großen Prinzipien der persö- nlichen Freiheit, der Gewerbefreiheit, der Koalitionsfreiheit, der Gewerbefreiheit, der Freiheit in Ausübung des Wahlrechtes verstößt, immer auch als ein gegen die guten Sitten verstoßendes Rechtsgeschäft anzusehen ist. Auf dem gleichen Standpunkt stehen die Kommentare von Staubinger und Kublenbeck, Dernburg in seinem Werke über das bürgerliche Recht des Deutschen Reichs und Preußens und Lotmar in seiner Monographie über den unmoralischen Vertrag.

Verpflichtet sich also ein Arbeiter auf Verlangen eines Arbeitgebers, bestimmten Organisationen nicht beizutreten oder sich überhaupt nicht zu organisieren, so ist diese Ver- pflichtung nichtig, das heißt sie erzeugt keinerlei rechtliche Wirkung. Der Arbeiter kann sein Koalitionsrecht ohne Rücksicht auf die Verpflichtung ausüben, ohne daß der Arbeitgeber daraus für den Arbeiter recht- liche Nachteile herleiten kann; insbesondere kann der Arbeitgeber ihn nicht aus diesem Grunde ohne Innehaltung der vertragsmäßigen Kündigungs- frist vorzeitig entlassen. Eine andere Frage ist, ob durch die Hinzufügung der nichtigen Bestimmung, die regel- mäßig einen Teil des Dienstvertrags bilden wird, der ganze Dienstvertrag nach § 139 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichtig wird; die Entscheidung dieser Frage hängt von den Um- ständen des einzelnen Falles ab, ob danach anzunehmen ist, daß der Dienstvertrag ohne die nichtige Verpflichtung nicht abgeschlossen sein würde.“

Ob die Scharfmacher nicht doch das Gefühl der Scham beschleicht, wenn sie ruhig nachdenken über ihre schandvolle und gewalttätige Taktik, die sie in letzter Zeit eingeschlagen haben?

Aussperrungen. Im Ruhrgebiet ist der Konflikt im Baugewerbe auch jetzt noch nicht beigelegt. Die Unter- nehmer stellen sich noch hochbeinig. Unterhandlungen haben zwar stattgefunden, doch lehnten die Unternehmer die von ihnen mit festgesetzten Einigungsbedingungen schließlich ab. Mittlerweile ist auch die Aussperrung im sächsisch- thüringischen Textilindustriebezirk perfekt ge- worden. Tausende von Fäbfern liegen bereits auf der Straße, auch den Webern ist bereits gekündigt, so daß in einer Woche gegen 30000 Arbeiter und Arbeiterinnen aus- gesperrt sein dürften, trotz günstiger Geschäftskontunktur — weil einige Duzend Fäbber eine geringfügige Lohn- aufbesserung forderten. Auch der Übermut der sächsisch- thüringischen Textilprozen wird sich noch einmal legen. — Die Metallarbeiteraussperrung in Breslau soll einem Telegramm des „Vorwärts“ zufolge unterbleiben, da die Differenzen in der Maschinenbauanstalt Breslau mittler- weile beigelegt sind.

Der Centralverband Allgemeine Deutsche Gärtner- verein hielt sein Generalversammlung vom 20. bis 22. Juli in Hamburg ab; es war das der erste Verbandstag dieser Organisation nach ihrer Verschmelzung mit der Deutschen Gärtnervereinigung und ihrem Anschluß an die General- kommission. Diese Organisation befindet sich zurzeit in einer erfreulichen Entwicklung, was auch auf dem Verbandstag zum Ausdruck kam. Der Beitrag wurde auf 35 Pf. pro Woche erhöht; bei größeren Kämpfen im Verufe kann auf die Dauer bis zu 8 Wochen ein Extrabeitrag von 25 Pf. erhoben werden; weibliche Mitglieder zahlen 20 Pf. pro Woche. Weiter wurde über „Die Taktik bei Lohnbewe- gungen“ und über „Tarifgemeinschaften“ beraten, doch wurde von der Festlegung einer bestimmten Taktik abge- sehen. Dagegen gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Stellungnahme der Gärtner zur Rechtsfrage präzisiert ist. Das Vereinsgebiet wurde in sechs Agitationsbezirke eingeteilt. Die Streikunterstützung beträgt für Ledige 9 Mk., für Verheiratete 10 Mk., für jedes Kind 50 Pf. Die Arbeits- losen- und Reiseunterstützung beträgt 1 Mk. pro Tag. Um- zugunterstützung kann in dringenden Notfällen bei Ver- änderung des Wohnortes infolge Arbeitslosigkeit, Kündigung oder wo ein Vereinsinteresse in Frage kommt, bei Ent- fernungen von mindestens 50 Kilometer gewährt werden.

Der sechste internationale Textilarbeiterkongress fand Anfang Juli zu Mailand statt. Auf demselben übten die deutschen Delegierten scharfe Kritik an der Tätigkeit des Sekretärs, eines Engländer. Derselbe sei nur auf neben- sächliche Dinge eingegangen, aber die Hauptsachen, die die Delegierten wissen mußten, die seien gar nicht behandelt worden. Auch die Österreicher übten eine scharfe Kritik. Wenn die internationale Verbindung der Textilarbeiter ihren Zweck erfüllen solle, dann müsse das internationale Bureau auch seiner Aufgabe gewachsen sein. Nach der von ver- schiedenen Seiten erfolgten scharfen Kritik der lauen Ge- schäftsführung des Sekretärs konnte es kaum noch zweifel- haft sein, daß das Sekretariat länger in England verblieb. Jedoch bei der Abstimmung über einen Antrag der Öster- reicher, das Sekretariat nach Deutschland zu verlegen, wo man den Abg. Baudert als Sekretär vorschlug, ergab sich Stimmengleichheit. Die Engländer präsentierten Wilkinson wieder, jedoch der Kongress lehnte denselben ab. Von deutscher und österreicher Seite wurde nun W. Turner-Vorkshire (sozialist. Gruppe) vorgeschlagen. Derselbe wurde auch ge- wählt, lehnte aber infolge der eigentümlichen Verhältnisse

in England ab. Es blieb dann kein anderer Ausweg übrig, als den von den Trades-Unions vorgeschlagenen W. Mars- land zu wählen. Das Mißtrauensvotum, das damit den Engländern ausgestellt wurde, hätte es eigentlich ihnen nahelegen sollen, überhaupt auf das Sekretariat zu ver- zichten.

Als Erfolg des Kongresses kann bezeichnet werden, daß derselbe ein internationales Komitee, bestehend aus je zwei Mitgliedern aus jedem Lande, einsetzte, das sich innerhalb zweier Monate konstituiert haben muß und bestimmt ist, mit dem internationalen Sekretär gemeinsam zu arbeiten. Hoffentlich wird dessen Arbeit eine fruchtbarere sein, als die bisherige Wirksamkeit des internationalen Sekretariats, so daß im Jahre 1908 der nächste internationale Textilarbeiter- kongress in Wien ein erfreulicheres Resultat zeitigt, als wie dies — leider — von Mailand konstatiert werden muß.

Eingefandt.

An die Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands!

Kollegen! Die Sektion der Bürstenmacher Berlins hatte beim Vorstand die Abhaltung einer Konferenz für unsere Branche beantragt und ist uns dieselbe auch sofort bewilligt worden, vorausgesetzt, daß bei den Kollegen das nötige Interesse dafür vorhanden ist. Die Kollegen sind dann auf- gefordert worden, sich in der Zeitung über die Konferenz zu äußern. Bis jetzt hat es aber leider noch kein Kollege für notwendig gehalten, sich über diese Frage zu äußern. Kollegen! Schüttelt doch endlich einmal die Gleichgültigkeit von euch ab und bemüht euch doch einmal, etwas für unseren Beruf zu tun. Sagt nicht immer, der Holzarbeiter- verband tut nichts für uns, sondern seht ein, daß ihr selbst schuld seid an den schlechten Verhältnissen in unserem Berufe. Wollt ihr eine Verbesserung eurer Lage, so sorgt dafür, daß die Konferenz zustande kommt, damit dort ein Weg gesucht werden kann, wie für die in unserem Beruf Be- schäftigten bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden können. Stoff zur Aussprache ist ja gerade genug vorhanden. Kollegen, bedenkt, wie unser Beruf geschädigt wird durch die Heimarbeit, der Tausende von Heimarbeitern und -Arbeiterinnen, die sich für ein paar Pfennig Tag und Nacht abarbeiten müssen, deren traurige Lage gar nicht an die Öffentlichkeit kommt! Sorgt dafür, daß deren Lage ge- bessert wird und ihr helft euch selbst damit. Des ferneren kommt die Herstellung von Bürstenwaren in den Straf- und Wohltätigkeitsanstalten in Betracht. Auch hier sind Tausende von Leuten beschäftigt. Auch diese helfen jetzt unseren Be- ruf herunterdrücken und dem freien Arbeiter die Existenz- möglichkeit erschweren. Es sind dies Fragen, die von großer Wichtigkeit für uns sind. Sodann wäre noch die Agitation und Organisation, ein Punkt, der der gründlichen Aussprache bedarf. Hier muß endlich etwas Einheitsliches geschaffen werden, daß solche Organisationsverhältnisse, wie sie in einzelnen Gauen vorhanden sind, gar nicht mehr vorkommen können.

Aber, wie schon im Anfang gesagt, es liegt nur an euch selbst, Kollegen. Kämpft für eine Verbesserung eurer Lage, sorgt dafür, daß ihr so organisiert seid, daß ihr den Unter- nehmern Achtung einflößt. Solange, wie ihr mit allem zu- frieden seid und euch von eurer Gleichgültigkeit nicht frei macht, kann euch eine Organisation, sie mag heißen wie sie will, nicht helfen. Darum, Kollegen, sprecht euch darüber aus, wie ihr über die Konferenz denkt; bringt Vorschläge, wie die Konferenz arbeiten soll, damit eine Konferenz zu- stande kommt, auf der auch etwas für unseren Beruf geleistet wird. R. Schmalbach-Berlin.

Zur Klavierarbeiter-Bewegung.

In der Nr. 28 unseres Organs wird von den Dresdener Kollegen eine Anregung gegeben zur Einberufung einer Klavierarbeiterkonferenz. Ich hatte nun erwartet, daß von jenen Orten, in welchen die Klavierindustrie stark vertreten ist, sofort auf diese Angelegenheit eingegangen werden würde; wichtig genug ist sie auf jeden Fall. Wenn wir uns ver- gegenwärtigen, daß erst auf der letzten Versammlung des Vereins deutscher Pianofortefabrikanten, abgehalten am 23. Juni er. in Koblenz, der Vorsitzende in bezug auf die Arbeiterbewegung erklärte, daß man an der Grenze der Zugeständnisse angekommen sei, die man den Ar- beitern bewilligen könne (siehe Musik-Instrumenten- Zeitung Nr. 28), so müßten wir uns doch sagen, daß auch für uns die Zeiten ernste werden. Wohl hat er verschwiegen, warum man an der Grenze sei, denn daß die Klavierarbeiter etwa schon zuviel verdienten, wird er doch nicht behaupten wollen. Obgleich für uns eigentlich keine nachweisbaren Zahlen über unsere Lohnverhältnisse bestehen, möchte ich nur darauf hinweisen, daß nach unserer letzten aufgenommenen Statistik, an der sich von zirka 11000 im Klavierbau be- schäftigten Personen allerdings nur 3500 beteiligt haben, im Jahre 1902 ein Durchschnittsverdienst von 23,74 Mk. pro Woche bestand, und diese Zahlen stimmen auch mit den von der Berufsgenossenschaft für die Musikinstrumentenindustrie festgestellten überein; nach dem letzten Jahresbericht derselben haben 27134 Kollarbeiter 3112749 Mk. verdient, das sind in Wochenbeträge umgerechnet rund 23 Mk. Nun sind allerdings in den Berufsgenossenschaften nicht nur Klavier- arbeiter, sondern auch andere Musikinstrumentenarbeiter ver- sichert und wird man sagen, diese sind es, die einen so niedrigen Lohn haben, die Klavierarbeiter nicht. — Deshalb wäre es notwendig, erst einmal unsere Lage durch eine Spezialstatistik festzustellen. Ich mache deshalb den Vor- schlag, wir beauftragen die Zahlstelle Dresden, in aller Kürze einen für unsere Verhältnisse passenden Fragebogen zu be- arbeiten, wie dieses in Leipzig, Dresden und Stuttgart schon geschehen ist. Jeder einzelne Ort hat die Pflicht, durch eine zu erwählende Vertrauensperson sich mit der von Dresden befannt zu gebenden Adresse in Verbindung zu setzen, das Material zu bestellen, für die Verbreitung zu sorgen und nach Ausfertigung wieder einzusenden. Die Zahlstelle (Dresden) hat dann das gesamte Material zusammenzustellen und zu bearbeiten.

Auf Grund dieses Ergebnisses dürfte dann die vorge- schlagene Zusammenkunft von größerem Erfolg begleitet sein als dieses augenblicklich der Fall ist. Die Mittel und Wege, in unsere Reihen mehr organisatorische Festigkeit zu bringen,

dürften dann leicht gefunden werden; das ist meine Meinung und bitte ich nun, die Diskussion aufzugreifen und auch meinen Vorschlag dabei zu berücksichtigen.

Rinaldo Eckardt, Weimar.

Zur Stellmacherkonferenz.

Bezug nehmend auf das „Eingefandt“ in Nr. 29 kann ich nicht umhin, meine Befriedigung darüber auszudrücken, daß der Hauptvorstand seine Zustimmung zu einer allgemeinen Konferenz der Stellmacher gegeben hat, denn das ist der einzige Weg, der eingeschlagen werden kann, um einmal die Stellmacher aus allen Gauen Deutschlands zusammenzuführen, ihre so überaus gedrückte Lage zu berücksichtigen und eine größere Agitation entfalten zu können.

daß es ihnen durch ihre Zugehörigkeit zum Verband leichter gemacht wird, sich bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, überhaupt eine bessere Lebenshaltung zu erringen. Nur sehr schwer ist ein Stellmacher zu organisieren, und es muß Hauptaufgabe der Konferenz sein, Mittel und Wege zu finden, welche es ermöglichen, sämtliche noch indifferente Kollegen zu Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu machen.

darauf hingewirkt werden, daß nur in Lohn gearbeitet wird, denn es gibt genug Leute, die unvernünftig arbeiten, sich und ihre Kollegen an der Gesundheit schädigen, um sich bei den Meistern einen guten Namen zu machen. Mit diesem System dürfte unbedingt gebrochen werden, und dasselbe trifft nicht nur auf die Waggonfabriken zu, nein, es ist wohl fast überall so. Wir sehen also, zu kritisieren und zu berücksichtigen ist sehr viel, und wenn die Konferenz sich mit Eifer und Geschick an ihre Aufgabe macht, so wird es hoffentlich möglich sein, in absehbarer Zeit für die deutschen Stellmacher bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, dieselben auf eine höhere Kulturstufe zu heben und dem Holzarbeiterverband eine weitere Anzahl streitbarer Kämpfer zuzuführen!

Briefkasten.

* Mehrere Einsendungen betreffend Bürstenmacher-, Klavierarbeiter-, Korbmacher-, Maschinenarbeiter- und Stellmacher-Agitation mußten wegen Raummangel für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Nürnberg. Fr. B. Muß wegen Raummangel leider noch einmal zurückgestellt werden.

Versammlungs-Anzeiger.

Andbach. Die Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Samstag im Monat statt. Dortmund. Die Mitgliederversammlungen finden alle vierzehn Tage im Haus a Restaurant, Oberhellweg 51, statt. Nächste Versammlung Samstag den 12. August, präzis 9 Uhr abends.

Anzeigen.

Blomberg. Unter Verkehrslokal befindet sich im Gasthof zur Neuhof, Neuetorstraße, Maschinenführung und Arbeitsnachweis bei Kollege Aug. Wille, Bismarckstraße, Umschau in strengsten unterliegt. Bremerhaven. Besondere Anzeiger in Bege, Weststraße 23. Raffener S. Wöhlig in Bege, Poststraße 30.

Frankfurt a. M.

Arbeitsnachweis der Holzarbeiter im Gewerkschaftshaus, Stolzestr. 13, 2. St. Telefon 1878. Kostenlose Vermittlung für Bau-, Möbel-, Maschinen-, Modell- und Stüttschreiner, Anschläger und Parkettleger, Bürsten- und Pinselmacher, Drechsler, Wagner (Stellmacher) und die in diesen Berufen beschäftigten Maschinen- und Hilfsarbeiter.

Sozialbeamter.

Wir suchen für unsere Zahlstelle Chemnitz ab 1. Oktober d. J. einen Sozialbeamten. Bewerber müssen in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht Erfahrungen haben und in der Führung der Kassengeschäfte bewandert sein. Offerten mit einer Darstellung der bisherigen Verbandstätigkeit sowie mit einer selbstgeschriebenen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten sind bis 24. August an Friedrich Hartig in Chemnitz, Salzstraße 31 part., zu richten.

Tüchtige Möbelschreiner

finden dauernde Beschäftigung. Ernst Beck, Möbelfabrik, Dietigheim.

Tüchtige, selbständig arbeitende Tischler auf Sitzmöbel, sowie einige auf Rastmöbel finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei

F. A. Braun, vorm. Braun & Richardt Möbelfabrik, Sangerhausen.

Zwei tüchtige Tischlergesellen für dauernde Beschäftigung sucht

Adolf Lemke, Tischler, Mecklenburg Tischlerei mit Motorbetrieb.

Zwei tüchtige Tischlergesellen, welche selbständig auf furnierte Möbel arbeiten können, finden dauernde Stellung.

Emil Abramowski Bad Schmiedeberg, Bez. Halle.

Tüchtige Holzbildhauer u. Möbelschreiner finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.

Südd. Möbelfabrik Mannheim Industriehafen.

Tischlergesellen auf Bauarbeit finden dauernde Beschäftigung in der Dampf-Tischlerei von

Edw. Drescher, Lindow i. d. Mark.

1 Kelsonbau- und 3 Umbaumacher finden dauernde, gutlohnende Beschäftigung in der Pianofortefabrik von

R. Weisbrod, Eisenberg (S.-M.).

Zwei Buntschleifer erhalten dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.

H. Kühn, Tischlermeister, Salzweil.

Tüchtige Weizer und Polierer finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei

Möbelfabrik Veil & Co., m. b. H. Pforzheim.

Mehrere Stuhlbaner auf echte und bessere imitierte Stühle stellen noch ein

Robert Oelschlägel & Co. Stuhlfabrik, Pr. Holland O.-Pr.

Tüchtige Stockpolierer

suchen dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.

H. C. Meyer jr., Farb- u. Ölbe.

Stellmacher für Arbeitswagen sofort gesucht.

J. Tapken, Wilhelmshaven.

Ein Korbmacher auf grüne gemastete Arbeit kann sofort oder etwas später in Arbeit treten.

F. Frauenstein, Teslin, Meckl.

Suche noch einige sachkundige Gestellarbeiter sofort auch später auf dauernde Beschäftigung.

Herm. Jahn, Rohrmöbelfabrik Magdeburg-Neustadt.

Vier tüchtige Korbmacher erhalten sofort dauernde Beschäftigung auf Ballontörbe bei

Frau Pauline Winkler Korbmachefabrik, Gerischdorf i. Niesengeb.

Ein Korbmacher auf grüne Arbeit, Rübenkörbe und großgeschlagene Arbeit, sucht

C. Fessel, Waren, Meckl.

Mehrere junge Korbmacher auf Roharbeit werden gesucht.

G. Loof, Korbmachefabrik, Salferstadt.

Tüchtige Korbmacher auf Geschlagen und Gestellarbeit erhalten dauernde Beschäftigung bei

Joh. Kapsch, Bremen Ansgaritorstraße 17.

Zwei tüchtige Korbmacher auf Kohlen- und Rübenkörbe sucht

Gottfried Wollé, Bergen a. Mügen.

Sofrier oder Bandsägenschnneider gesucht, auch verheirateter. Dauernde Stellung.

H. Weber, Bürstenhölzerfabrik Seidmühlen pr. Boppfeld, Holslein.

Ein tüchtiger Bürstenmacher auf dauernde Arbeit gesucht.

Ernst Knierim, Bürstenmacher Bernsdorf, Telegraphenstraße 54.

Einem Bürstenmacher für dauernde angenehme Stellung sucht

R. Petrick, Bürstenfabr., Guben (M.-L.).

Ein Bürstenmacher findet dauernde Beschäftigung in Mischen, Bechen und Einziehen auf sofort.

F. Penz, Braunschweig.

Suche per sofort einen Hölzerschneider. Lohn 7, 8 und 9 Pfennig.

F. Schmidt, Stendal, Winkelmannstr. 3.

Suche einen Pantinenmacher zu sofort.

O. Hinrichs, Friedland, Meckl.

Zwei tüchtige Nagler für Holzspanndoffeln finden bald Stellung.

W. Niedergesäss, Brinckenau, Schles.

Ein tüchtiger Korfschneider für Bohrmaschine, desgl. ein Spindelschneider sofort gesucht. Dauernde Arbeit gesichert.

Meldungen an Felix Neumann, Magdeburg.

Gebrauchte Kamm-Schneidemaschine zu kaufen gesucht. Off. m. Pr. an

O. Grossmann, Leipzig-Lindenau, Weststr. 1 I.

Vorsicht! Lassen Sie sich nicht täuschen durch nachgemachte

Granat-Politur

Granat-Politur ist meine Erfindung, seit 10 Jahren anerkannt lt. zahlreichen Gutachten. Alle anderen gleichnamigen Fabrikate sind wertlose Nachahmungen, deren Nachteile sich später bemerkbar machen.

Eine einzige Firma bezog nachweislich seit Oktober 1904, also in fünf Monaten, für ca. 5000 Mark Granat-Politur von

Lack- und Politurewerk C. Bratsch Reinholdsdorf Berlin.

Werkführer und Technikerkurse Gesellige Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Paul Horn's Mattapparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Ölanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserrechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rufen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Polituren-Glanz-Lacke, farblos und farbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpollieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glas-harten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und verhindert unter Garantie das Olanneinschlagen.

Paul Horn's Gopal, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und gepulverter Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Filzstieppapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von 1. Qualität.

Paul Horn liefert la. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1898.

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1899.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechserei-Fachausstellung Leipzig 1900.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gewerbemuseen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisblätter gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag von Karl Klop in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl. Staatlich subv. Progr. kostenlos

ff. Fische, nur direkt v. d. Ostsee, 15 fette Rauchsunder, 1 Stk. ff. Rauchsunder, 1 extra delikater Aal, 15 fette weiße M-Ser, 20 vit. Fr. Delikatess. u. 30 beste Sardellen. Alles frisch u. zuzuf. nur 3 Mk. p. Rahn. B. Degener Fischerei u. Schweinmünde 457 Ostsee. 1/2 Faß ca. 350 neueste Salz-Fetteringe 12 Mk. 1/4 Faß 6 1/2 Mk. 1/2 Dof. ca. 70 Stk. 2 1/2 Mk.

Streu reelle und billige Bezugsquelle! In mehr als 150 000 Familien im Gebrauch! Gänsefedern. Gänsefedern u. alle and. Sorten Bettfedern Neufett u. beste Qualität garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0,80; 1,00; 1,40. Prima-Gänsefedern 1,60; 1,80. Polarfedern: Halbweiß 2, weiß 2,50. Silberne Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Achtst. Gänsefedern 2,50. Polarfedern 3; 4; 5 Mk. Jede beliebige Füllmenge zu festem Preis. Besondere Berücksichtigung für Fernproben ermäßigt! Pecher & Co. in Herford W. Nr. 2214 in Westfalen. Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislisten für Fernproben ermäßigt!

Neues Pflaumenmus süß, dick eingekocht, unübert. im Geschmack. Emaille-Eimer 28 Pfd. Mk. 4,50. Post-Eimer 10 Pfd. 2,-. Fässer von 38, 55, 70-140 Pfd. à Pfd. 0,14. Tafelhonig p. Pfund, v. 1000 u. gesund. Nahrungsmittel. 3 Pfund-Eimer 10 Pfd. Mk. 3,30. Salz, Senf u. Pfefferkörner, Preiselbeeren lt. Preisl. Gefäße frei, ab hier geg. Nachnahme. Heur. Eckstein Konservefabrik Magdeburg 21.

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 * Eilbeck * Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte. Paul Horn's Mattapparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Ölanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserrechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rufen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Polituren-Glanz-Lacke, farblos und farbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpollieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glas-harten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und verhindert unter Garantie das Olanneinschlagen. Paul Horn's Gopal, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und gepulverter Ware zum Versand gebracht. Paul Horn's Filzstieppapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von 1. Qualität. Paul Horn liefert la. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1898. Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1899. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechserei-Fachausstellung Leipzig 1900. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gewerbemuseen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisblätter gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.